

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Landesjugendamt



Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft Landesinstitut für Schule



Der Senator für Inneres und Sport Polizei Bremen / LKA Bremen

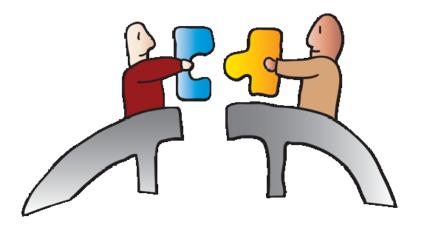


Der Senator für Justiz und Verfassung

## "Gewaltkarrieren"

junger Menschen in Bremen und Bremerhaven

9. April 2008



## Inhalt

Vorwort

S. 2

S. 7	Tagungsprogramm
S. 8	Prof. Dr. Peter Wetzel (Universität Hamburg) Entwicklung von Jugendkriminalität und deren Hintergründe
	"Gewaltkarrieren" junger Menschen in Bremen und Bremerhaven
S. 23	- Situationsbericht aus Sicht der Polizei Bremen
S. 30	- Situationsbericht aus Sicht der Staatsanwaltschaft Bremen
S. 33	- Situationsbericht aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe Bremerhaven
S. 35	- Situationsbericht aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe Bremen
S. 40	- Situationsbericht aus Sicht des LIS (Landesinstitut für Schule)
	Dokumentation der Ergebnisse der Workshops
S. 43	- Ergebnisse der AG Bremen-Süd
S. 44	- Ergebnisse der AG Bremen-Mitte
S. 45	- Ergebnisse der AG Bremen-Ost
S. 47	- Ergebnisse der AG Bremen-Nord
S. 48	- Ergebnisse der AG Bremerhaven
S. 49	Hunger nach Anerkennung - Gewaltprävention im Schulalltag - Eine Veranstaltungsreihe im Rahmen des Handlungskonzepts "Stopp der Jugendgewalt"
S. 53	Teilnehmer/innen-Liste

#### **Vorwort und Vorbemerkungen**

"Gewaltkarrieren junger Menschen in Bremen und Bremerhaven" - ein ressortübergreifender Fachtag auf der Suche nach wirksamen "Stoppschildern" gegen Jugendgewalt, pädagogischen Auswegen aus biographischen Sackgassen, fachpolitischen Antworten auf prekäre sozialräumliche Entwicklungen von Lebenslagen sowie wirksamen Maßnahmen zur Prävention

#### **Der Fachtag – Ausgangssituation und Perspektiven**

Der Diskurs, die Auseinandersetzung und Beschäftigung mit dem Thema Jugenddelinquenz und Jugendgewalt innerhalb der Jugendkriminalrechtspflege im Land Bremen und seinen Stadtgemeinden ist nicht neu. Auf der Ebene der Veranstaltungen knüpfte dieser Fachtag an eine Vielzahl vorausgegangener Fachtagungen, Fortbildungen und Konferenzen an.

So hat die am 9. April 2008 durchgeführte Kooperationsveranstaltung des Landesjugendamtes (LJA), des Landeskriminalamtes (LKA) und des Landesinstitut für Schule (LIS) ihre konkreten Vorläufer z.B. in diversen Veranstaltungsreihen zur "Polizeireform im Bremer Westen" ab 1996, in den Veranstaltungen des TOA in Bremen-Nord, den "Bremer Jugendgerichtstagen" 1997 und 2001, den Tagungen zur "Kriminalitätsberichtserstattung in den Medien", zur "Kriminalprävention", zu "Kriminalität und Armut" und zur "Diversion". Auf der Ebene der politischen und ressortübergreifenden Konzept- und Strategieentwicklungen ist in diesem Zusammenhang ferner an den "Bericht zur Inneren Sicherheit und Jugendkriminalität im Lande Bremen" aus dem Jahre 1998 zu erinnern. Der darauf folgende und überarbeitete "Bericht zur Jugendkriminalität im Lande Bremen" aus dem Jahre 2002 war eine Fortschreibung und gleichzeitige pragmatische Anpassung der Handlungskonzepte zu dem speziellen Thema der Jugendkriminalität.

Die in die Koalitionsvereinbarung 2007 – 2011 aufgenommene Zielvereinbarung, noch in 2007 ein ressortübergreifendes Handlungskonzept "Stopp der Jugendgewalt" vorzulegen, steht daher in der Kontinuität der bereits langjährigen fachpolitischen Schwerpunktsetzungen des Senats und der bremischen Bürgerschaft zur nachhaltigen Bekämpfung von Jugendgewalt und Jugenddelinquenz.

## Standortbestimmung: bewährtes Fortsetzen – neue Wege beschreiten

Konkreter Anlass der notwendigen aktuellen Fokussierung dieses Handlungsfeldes waren und sind zu verzeichnende beunruhigende Vorfälle von Gewalttaten einzelner junger Menschen oder Gruppen Heranwachsender, öffentliche Berichte der (Fach-) Medien über das befürchtete oder statistisch dokumentierte zahlenmäßige Ansteigen der erfassten Straftaten Junger Menschen. Zentraler Ausgangspunkt für eine Überprüfung der bisherigen Handlungskonzepte und ihrer Reichweite waren auch die berechtigten Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern sowie politisch Verantwortlichen über - im übrigen bundesweit - zu beobachtende qualitativ neue Formen von Jugendgewalt einzelner Kinder und Jugendlicher sowie sozialräumlicher und zielgruppenspezifischer Gruppengewalt. Dabei richtete sich die Aufmerksamkeit nicht nur, aber zunächst insbesondere auf eine kleine Anzahl sogenannter Intensivtäter und erstmals auch auf Mädchen bzw. Mädchengruppen, die im jugendlichen Alter eine lebenslange kriminelle "Karriere" beginnen würden. Die wachsende Zahl jugendlicher Gewalttäter erfordere dabei eine besondere Aufmerksamkeit 1.

Vereinbarung zur Zusammenarbeit in der Regierungskoalition für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 – 2011 zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen; S. 88f

In der Vorbereitung der Fachtagung wurde deutlich, dass ein wirksames Handlungskonzept nicht auf eine scheinbar leicht isolierbare Zielgruppe mit besonderen Merkmalen beschränkt werden kann, sondern sich zunächst breiter mit der Frage befassen muss, um welche Jungen Menschen es sich handelt, in welchen sozialräumlichen und zielgruppenspezifischen Zusammenhängen sich Gewalt und Delinquenz akut verdichtet und immer wieder reproduziert. Dabei trat notwendigerweise mehr und mehr auch die Frage in den Vordergrund, unter welchen Bedingungen eine nachhaltige Reproduktion und Verfestigung sogenannter Gewaltkarrieren verhindert werden kann.

Die Beantwortung der Frage geeigneter unmittelbarer "Stoppschilder" gegen Jugendgewalt und geeigneter nachhaltiger sowie präventiver Auswege aus Entwicklungen möglicher Verfestigungen und Neumanifestierungen von Gewalt setzte daher zunächst eine von allen Beteiligten getragene Ausgangsanalyse und Standortbestimmung zur Bewertung und ggf. Ergänzung bisheriger Handlungsansätze und Programme voraus.

## Täterorientierte Intervention und Prävention: Gegensatz oder notwendiges Bedingungsgefüge?

Intervention ist notwendig, aber nicht hinreichend. Denn: nur in der Retrospektive lassen sich scheinbar objektiv genaue Bedingungsfaktoren für kriminelle Karrieren identifizieren. Scheinbar deshalb, weil die Retrospektive all die Fälle und positiven Verläufe ausblendet, in denen durch individuelle Entwicklungs- und Resilienzfaktoren, tragfähige Netzwerke, gezielte pädagogische Weichenstellungen, frühe Diversionsmaßnahmen oder auch gezielte Intervention gelungene Lebensentwürfe zum Tragen gekommen sind.

Das Logo dieser Fachtagung "Brücken bauen" war daher auf alle gefährdeten Jugendlichen dieser Zielgruppe ausgerichtet und damit auf die Frage der Vergrößerung der Chancen für eine gelingende universelle, selektive oder auch indizierte Prävention.

Die Tat selbst mag unbestritten verwerflich, rechtlich und moralisch weder zu akzeptieren noch zu rechtfertigen sein. Sie mag individuelle, familiale und oder gesellschaftliche Ursachen haben. Sie mag Ausdruck einer Hilflosigkeit des Jungen Menschen oder einer Erziehungsberechtigten sein, sie mag Reflex auf selbst erlittene Gewalt oder fehlende Grenzsetzungen sein. Sie mag Ausdruck eines bewussten Verlassens oder Protestes gegen gesellschaftliche Normen oder Ausdruck einer ideologischen Fehlidentifikation sein. In jedem Fall muss letztlich der junge Mensch dafür die Verantwortung übernehmen, die Grenzen akzeptieren, die ihm dabei gesetzt werden und die Hilfen annehmen, die ihm eine andere Orientierung ermöglichen. Und es gibt keine wirkliche Alternative: nur ein breiter Blickwinkel auf biografische Schnittstellen und frühzeitige neue soziale Weichenstellungen ermöglichen letztlich auch den besten und nachhaltigsten Opferschutz.

#### Konkret: gemeinsam auf dem Weg

In diesem Kontinuum ging es auf dem Fachtag um eine spartenübergreifende Verständigung, wie ein angemessener Umgang mit Jugenddelinquenz unter Beachtung der realen Situation in den beiden Stadtgemeinden Bremens aussehen kann.

Zur Vorbereitung dieser Fachtagung wurden zwei Vorbereitungsgruppen eingerichtet, um eine möglichst hohe Transparenz unter den verschiedenen Akteuren zu erzielen und um eine breite Beteiligung, Einflussnahme und Weitervermittlung zu ermöglichen <sup>2</sup>.

Da das Handlungskonzept vom 29. Januar 2008 noch keine valide Bedarfsanalyse lieferte, stellten sich dazu zunächst verschiedene Ausgangsfragen: Was sind die spezifischen Probleme im Lande Bremen

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Veranstaltung selbst wurde unter Beteiligung von Herrn Rein, Herrn Meyer-Wiedemann (beide Landesjugendamt), Herrn Münch, Herrn Wiechert, Herrn Kaper (Landeskriminalamt), Frau Kampe, Frau Mangold, Herrn Welp-Eggert (Landesinstitut für Schule), Frau Moebus, Frau Kiese (zeb), Herrn Kerscher, Herrn Möller, Herrn Kuhlmann (Amt für Soziale Dienste Bremen), Herrn Alester (Amt für Jugend, Familie und Frauen Bremerhaven), Herrn Stapke (effect gGmbH) und Dr. Matt (Fachberater für Kriminologie) vorbereitet.

und wie stellen sie sich sozialräumlich mit welcher Qualität dar? Wie groß ist das Problemfeld?

Um die Grundlagen zu schaffen, ging es in der zweiten Vorbereitungsgruppe<sup>3</sup> um die Fragestellung

- Jugend und Gewalt ein Problemaufriss! Was wissen wir?
   Welche T\u00e4tergruppe meinen wir?
- Kriminelle Karrieren und deren Prognostik; verfestigte Delinquenz; "Harter Kern"
- Abbruch und Ausstieg aus einer kriminellen Entwicklung
- Was tun? Lücken identifizieren von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendhilfe, Schule
- Verständigung über das Handlungskonzept und dessen Inhalte;
   Tun wir das Richtige richtig? Wie und wo entfaltet sich welche Wirkung?

Die Ergebnisse aus der jeweils spezifischen örtlichen Sichtweise finden sich in den hierzu dokumentierten Situationsberichten und Lagebildern.

#### Worum geht es?

Die folgenden Ausgangsthesen wurden in den Vorbereitungsgruppen angesprochen, konnten aber im Weiteren nur unzureichend beantwortet werden, da dafür im Handlungskonzept sowohl eine Bedarfsanalyse zur differenzierten und konkreten Delinquenzerscheinung als auch verlässliche regionale Daten fehlten:

#### 1. ... zur steigenden Jugendgewalt

Bisher genutzte Statistiken sollten generell nur die in diesem Zusammenhang stehende Altersgruppe abbilden.

Wie definiert sich diese Gewalt und um welche Deliktformen handelt es sich?

<sup>3</sup> Hier waren beteiligt Herr Rein (LJA), Herr Möller, Herr Kuhlmann, Herr Kerscher (alle Amt für Soziale Dienste Bremen), Herr König, Frau Rump, Herr Wiechert, Frau Hallensleben (alle Polizei Bremen). Punktuell beteiligt waren Prof. Wetzels und Dr. Matt.

Welche "Gewalt" steigt? Um welche Größenordnung handelt es sich? Welche überregionalen Befunde gibt es?

## 2. ... Intensivtäter, die im jugendlichen Alter eine lebenslange Karriere beginnen

Gibt es in Bremen ein verlässliches Screening, welches die o.g. These belegt?

Um welche Größenordnung handelt es sich?

Wie lange verbleibt diese Personengruppe/verbleiben diese Personen im System der polizeilichen Registrierung?

Mit welchen Delikten ist diese Personengruppe behaftet?

Welche Faktoren sind ursächlich für einen Abbruch/Ausstieg aus einer kriminellen "Karriere" bekannt?

#### 3. ... wachsende Zahl der jugendlichen Gewalttäter

Wie ist - nach Deliktformen getrennt - die Entwicklung auf der Zeitschiene?

#### 4. ... Strafe muss unmittelbar auf dem Fuße folgen

Wie lange dauern derzeit justizielle Verfahren von der Straftat bis zur Hauptverhandlung?

Welche Ursachen sind für eine Verzögerung der Verfahren maßgeblich?

#### 5. ... Größenordnungen in der Jugendhilfe

Wie viele Jugendliche/Heranwachsende werden über die klassischen ambulanten Angebote der Straffälligenhilfe betreut? Wie viele straffällige Jugendliche/Heranwachsende werden über die Hilfen zur Erziehung in der Kinder- und Jugendhilfe erreicht und mit welchen Angeboten betreut?

Die hierbei noch offenen und weiter zu präzisierenden Detailfragen sollten daher im Zusammenhang mit dem Handlungskonzept auf dem Fachtag beantwortet werden.

In den fünf regionalisierten Workshops sollten zu drei Schwerpunktfragen Antworten erarbeitet und eine Handlungsoption für die weitergehenden Perspektiven vor Ort entwickelt werden:

- 1. Problemsicht und Schnittstellen
- 2. Handlungsbedarfe
- 3. Priorisierung
  - Wo gibt es Übereinstimmungen?
  - Wo sind Unterschiede?
  - Wo gibt es Kooperationsmöglichkeiten?
  - Welche Hindernisse werden benannt und wie können diese beseitigt werden?
  - Perspektiven und Handlungsoptionen?

#### **Erste Ergebnisse**

Über die Ergebnisse und Handlungsoptionen vor Ort haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Workshops bzw. deren Ansprechpartner unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten zu entsprechenden Verabredungen verpflichtet, die als Ergebnisse der regionalen Arbeitsgruppen jeweils für Bremen und Bremerhaven dokumentiert wurden.

Die weitere Planung soll sich auch an den Ergebnissen der Veranstaltungsreihe des LIS "Hunger nach Anerkennung" im November 2008 orientieren.

In der daraus folgenden Perspektivplanung sollten Fragestellungen Berücksichtigung finden, die sich aus der weiteren Operationalisierung und Erarbeitung des Handlungskonzeptes ergeben. Dazu sollen z. B. praxisnahe Veranstaltungen zu konkreten methodischen Arbeitsansätzen gehören wie:

- Fachplattform: Praxisansätze gelungener situationspädagogischer Gruppen- und Gemeinwesenarbeit mit gewaltbereiten und gewaltbetroffen Jungen Menschen in Jugendhilfe und Schule
- Fachforum: Migration und Migrationsbiographien
- Auswertungsveranstaltung: Zwischenergebnis des Handlungskonzeptes

#### Konsens und Auftrag:

Der Koordinierung zwischen den Einzelprojekten kommt eine besondere Bedeutung zu, um die Kompatibilität der Projektgruppen zu gewährleisten und Redundanzen zu vermeiden.

Dabei ist insbesondere auch die Klärung der näheren Aufgabenstellungen und Rollen der verschiedenen Akteure fortzusetzen und zu kanalisieren.

In den auf den Fachtag folgenden Auswertungsrunden wurde besonders eine zwischenzeitlich auch avisierte Dunkelfelduntersuchung in den 7. und 9. Jahrgangsstufen der Schulen als hilfreich und sinnvoll erachtet.

#### Fazit und Perspektiven

Die hiermit vorliegende Dokumentation beantwortet verständlicherweise nicht alle Fragen. Sie hat jedoch eine transparente Daten- und Arbeitsgrundlage geschaffen, auf deren Basis eine gezielte gesamtstädtische und sozialräumliche Weiterarbeit erst möglich ist und dazu beigetragen, die konkret Handelnden und Träger des Handlungskonzeptes örtlich noch stärker als bisher an einen Tisch zu bringen.

Die Initiatorinnen und Initiatoren der Fachtagung, die Moderatorinnen und Moderatoren wie auch die Referentinnen und Referenten sowie die politisch verantwortlichen Träger des Handlungskonzeptes haben in dem Fachtag von daher nicht nur eine programmatische Verständigung hergestellt, sondern auch persönliche Brücken zwischen den professionell Beteiligten beschritten, die im gemeinsamen Ringen um den jeweils

besten Weg vor Ort inzwischen weiter verstetigt werden konnten und verstetigt werden sollen.

Wir möchten uns an dieser Stelle daher besonders auch bei denjenigen bedanken und ihnen unsere Wertschätzung entgegenbringen, die in ihrem professionellen Alltag stetig und mit großem Engagement in unterschiedlichen Rollen und Aufgaben dafür Sorge tragen, dass sich delinquente Entwicklungen eben nicht verfestigen und konstruktive Lösungswege aufgezeigt werden können.

Wir bedanken uns auch bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, ohne die eine Tagung ohne Wirkung bliebe und setzen auf weitere gute Zusammenarbeit auf den bereits vorgesehenen vertiefenden Fachveranstaltungen, auf die wir im Rahmen dieser Dokumentation hingewiesen haben.

#### **Barbara Hellbach**

Referatsleiterin Erziehungs- und Eingliederungshilfen beim Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

E-Mail: barbara.hellbach@soziales.bremen.de Tel.: (0421) 361-6727

#### **Bernd Rein**

Ambulante Hilfen zur Erziehung, Delinquenz/Jugendgerichtshilfe, Kindeswohlsicherung/Kinderschutz/sexueller Missbrauch, Angelegenheiten der sozialen Dienste für junge Menschen (ASD/Erziehungsberatung), Inobhutnahme, Hilfen nach § 14 SGB VIII

E-Mail: bernd.rein@soziales.bremen.de Tel.: (0421) 361-4458

"Ich habe überhaupt keine Hoffnung mehr in die Jugend unseres Staates, wenn einmal unsere Jugend die Männer von morgen stellt. Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen!"

So beschwerte sich schon Aristoteles (384 -322 v. Chr.) über die Jugend.

Junge Menschen fallen - in quantitativer Betrachtung - überproportional als Straftäter auf, in jeder Generation neu. Die sogenannte age-crime-Kurve besitzt universelle Gültigkeit.

Also kein Grund zu besonderen Aktivitäten? Wir meinen: Doch.

Bremen hat in der Kriminalstatistik im Vergleich der Bundesländer einen Spitzenplatz, auch im Vergleich der Großstädte.

Wir wollen durch Vernetzung und Kooperation zwischen den Ressorts Bildung, Justiz, Jugend und Soziales und Inneres versuchen, kriminelle Karrieren nicht entstehen zu lassen oder aber möglichst frühzeitig zu unterbrechen. Dazu wollen wir im Laufe dieses Jahres eine Reihe von Veranstaltungen durchführen, die das Phänomen Jugendgewalt von verschiedenen Seiten aus und mit verschiedenen Schwerpunkten beleuchten.

Mit dieser Auftaktveranstaltung soll versucht werden, auf der Grundlage allgemeiner Erkenntnisse, dargestellt von Prof. Dr. Peter Wetzels, Uni Hamburg, und der speziellen Problemsicht der beteiligten Ressorts, ein erstes gemeinsames Umsetzungskonzept zu erarbeiten.

#### **Programm**

09:00 Uhr	Begrüßung Einführung durch die	13:00 Uhr	Mittagspause
	Staatsräte der beteiligten Ressorts	14:00 Uhr	Workshops mit regionalem Bezug: AG Bremerhaven
09:30 Uhr	Prof. Dr. Peter Wetzels (Uni Hamburg): Entwicklung von Jugend- kriminalität und deren Hintergründe		AG Bremen-Nord AG Bremen-Mitte/West AG Bremen Süd AG Bremen Ost - Problemsicht - Handlungsbedarfe
10:30 Uhr	Kaffeepause		- Priorisierung
11:00 Uhr	Grundlagen in Bremen Lagebilder und Situationsberichte aus den beteiligten Ressorts:	15:30 Uhr	Kultureller Beitrag mit der Gruppe "butterfly protect" mit Phillies und Mentor
	Holger Münch Jörg Seedorf (Landeskriminalamt Bremen, Kriminalpolizei Bremerhaven)	16:00 Uhr	<b>Präsentation</b> der Gruppenergebnisse und Zusammenfassung
	Dietrich Klein (Staatsanwaltschaft)	17:00 Uhr	Ende der Veranstaltung
	Monika Frank Horst Alester (Jugendhilfe Bremen,	Tagungsmo	oderation

Jugendhilfe Bremerhaven)

(Landesinstitut für Schule)

**Heidrun Kampe** 

#### **Tagungsmoderation**

**Programm** 

- Karin Kiese (ZEB / ZEBIS)
- **Hubert Meyer-Wiedemann** (AfSD)

# Entwicklung von Jugendkriminalität und deren Hintergründe

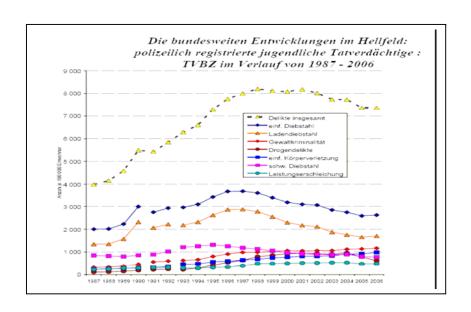
Prof. Dr. Peter Wetzel, Universität Hamburg

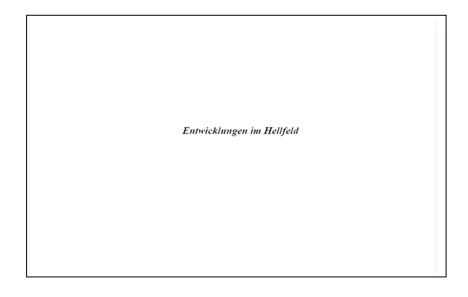
Vortrag anlässlich der Auftaktveranstaltung "Gewaltkarrieren junger Menschen in Bremen und Bremerhaven" am 9. April 2008

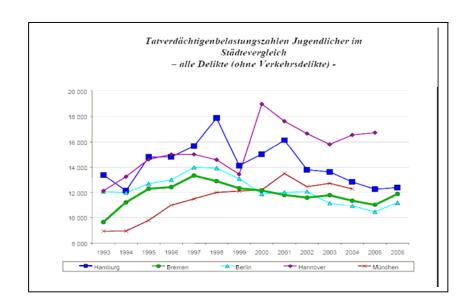
## Entwicklung von Jugendkriminalität und deren Hintergründe

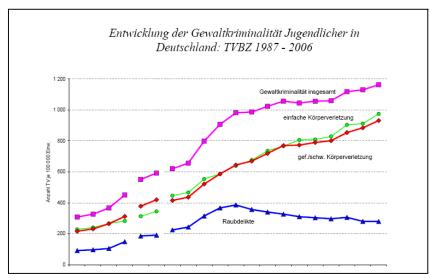
Prof. Dr. Peter Wetzel, Universität Hamburg

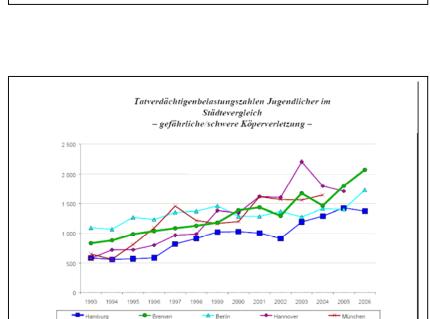
Vortrag anlässlich der Auftaktveranstaltung "Gewaltkarrieren junger Menschen in Bremen und Bremerhaven" am 9. April 2008

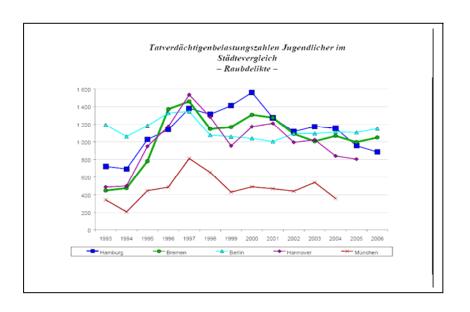


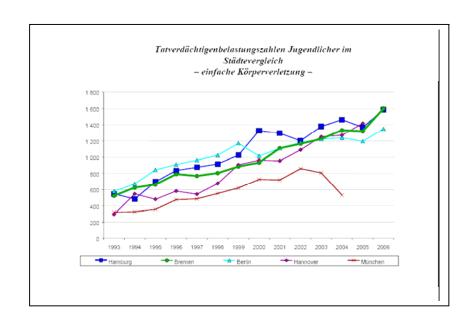


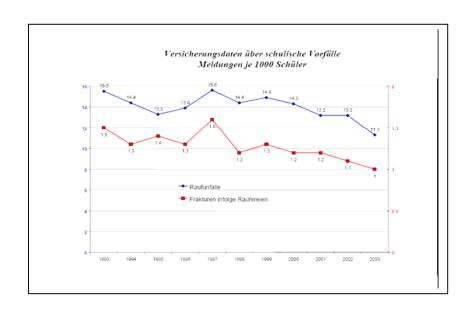












#### Rate delinquenter Jugendlicher für verschiedene Deliktsgruppen Schülerbefragungen in Münster und Duisburg

#### 9. Jahrgang

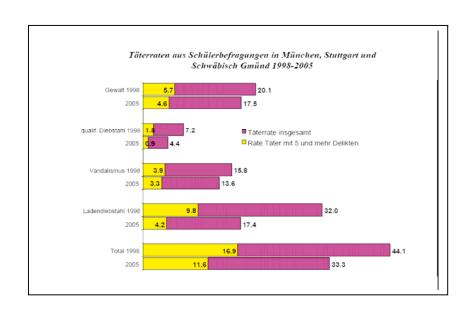
Erhebungsort/-jahr	MS 2000	MS 2002
Klassenstufe	9	9
schwere Gewaltdelikte	6	5
Gewaltdelikte gesamt	16	14
Eigentumsdelikte	31	30
Sachbeschädigungsdelikte	21*	24
n=	874	1.947

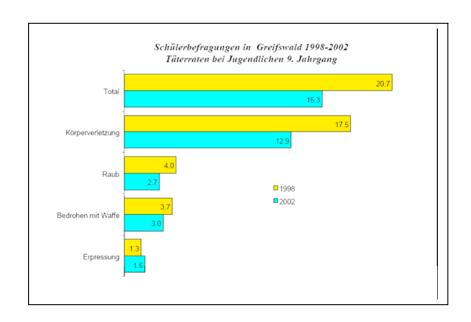
#### Erkenntnisse aus Dunkelfeldanalysen

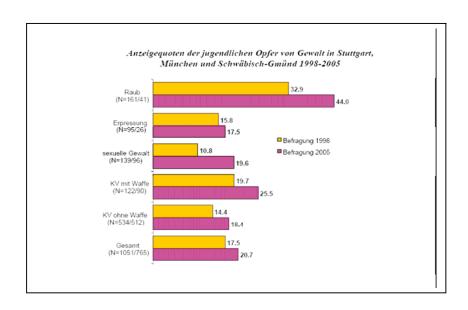
#### Rate delinquenter Jugendlicher für verschiedene Deliktsgruppen Schülerbefragungen in Münster und Duisburg

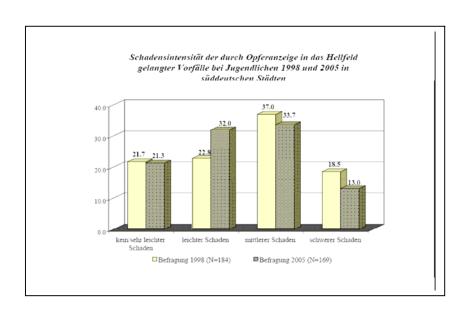
	9. Jal	nrgang	9. Jah	rgang
Erhebungsort/-jahr	MS 2000	MS 2002	DU 2002	DU 2004
Klassenstufe	9	9	9	9
schwere Gewaltdelikte	6	5	7	6
Gewaltdelikte gesamt	16	14	20	16
Eigentumsdelikte	31	30	30	23
Sachbeschädigungsdelikte	21"	24	26	20
n=	874	1.947	2.627	3.339

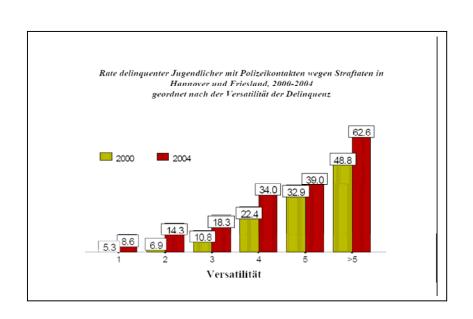
	Schulero	ejragungei	ı ın Muns	ter und Du	sourg	
	9. Jal	hrgang	9. Jah	rgang	10. Ja	hrgang
Erhebungsort/-jahr	MS 2000	MS 2002	DU 2002	DU 2004	DU 2003	DU 2005
Klassenstufe	9	9	9	9	10	10
schwere Gewaltdelikte	6	5	7	6	7	5
Gewaltdelikte gesamt	16	14	20	16	19	13
Eigentumsdelikte	31	30	30	23	24	17
Sachbeschädigungsdelikte	21*	24	26	20	23	14
n=	874	1.947	2.627	3.339	2.427	3.243

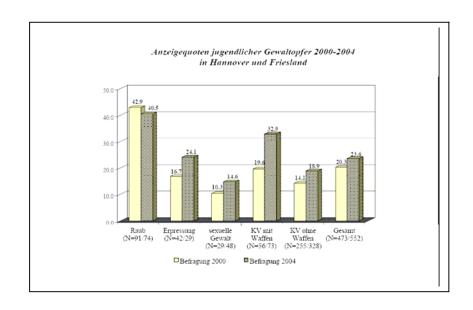


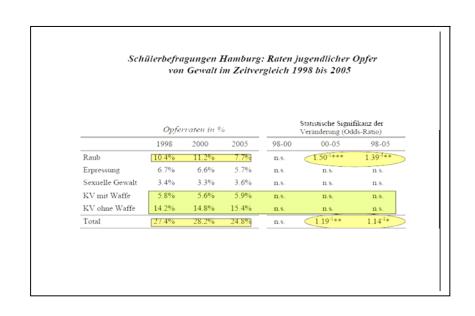


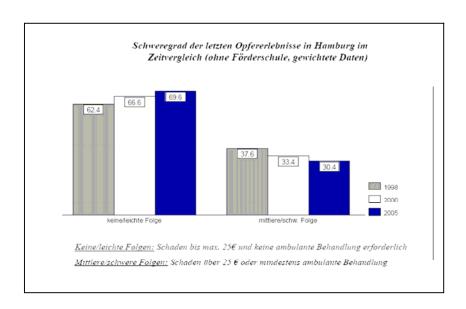




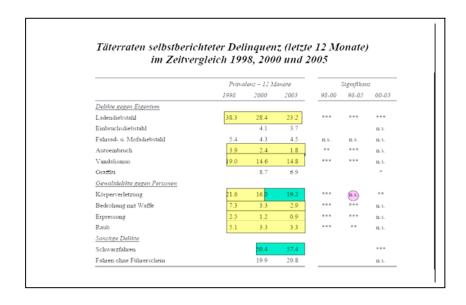


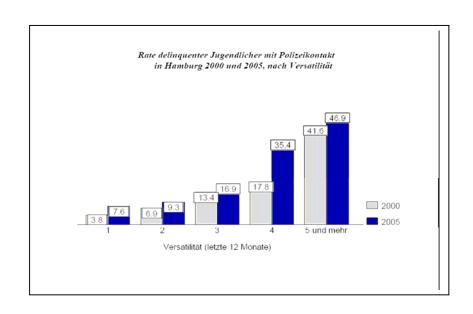






Delikt		l Persone mehr Del		Signifikanzpriifung		
	1998	2000	2005	98-00	00-05	98-0
Delikte gegen Eigentum						
Ladendiebstahl	13.3	7.1	5.0	***	***	**
Einbruchsdiebstahl	-	0.8	0.7	-	n.s.	
Fahrrad- u. Mofadiebstahl	1.5	0.9	0.7	*	n.s.	*
Autoeinbruch	0.7	0.5	0.3	n.s.	n.s.	n.s.
Vandalismus	5.2	4.1	3.3	*	*	*
Graffiti	-	3.1	1.6	-	**	
Gewaltdelikte gegen Persone	222					
Körperverletzung	4.9	3.6	3.3	**	n.s.	**
Bedrohung mit Waffe	2.0	0.6	0.7	***	n.s.	***
Erpressung	0.7	0.2	0.1	***	n.s.	***
Raub	1.8	0.7	0.7	***	n.s.	***
Gewaltdelikte insges.	7.4	4.6	4.3	***	n.s.	***
Sonstige Delikte						
Schwarzfahren	-	23.8	30.7	-	***	-
Fahren ohne Führerschein		7.3	8.0		n.s.	





#### Zwischenresümee: Entwicklung der Jugendkriminalität

Im Hellfeld der Jugendkriminalität sind relevante Anstiege in erster Linie im Bereich der Gewaltkriminalität und dort vor allem bei Körperverletzungsdelikten zu erkennen. Über alle Delikte hinweg sinkt die Jugendkriminalität.

Im Gegensatz dazu lassen sich in den mittlerweile mehrfach durchgeführten Schülerbefragungen keine Anstiege im Bereich der Körperverletzungsdelikte nachweisen.

Hinweise auf Anstiege im Bereich der Mehrfach- und Intensivtäter bestehen ebenfalls in keiner der vorliegenden Studien.

Die Jugendkriminalität insgesamt geht danach ebenso zurück wie die Gewaltkriminalität. Was indessen steigt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass delinquente Jugendliche polizeilich registriert werden. Zugleich sinkt der durchschnittliche Schweregrad der von Opfern berichteten Gewalterfahrungen.

Ursachen für diese Entwicklung: (1) Insgesamt findet sich eine zunehmnde Ablehnung von Gewalt bei Jugendlichen auf der Einstellungsebene. (2) die Konfrontation mit innerfamiliärer Gewalt ist rückläufig. (3) die Sensibilität für Gewalt ist gestiegen bzw. die Toleranz gegenüber Gewalt ist gesunken.

#### Zentrale Risikofaktoren für Jugendkriminalität und Gewalt

#### Ebene des Individuums/Persönlichkeit

geringe Selbstkontrolle

geringe soziale Kompetenzen

gewaltbefürwortende Einstellungen/gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen

Alkohol- und Suchtmittelkonsum

#### Ebene der Familie

Inkonsistenz des elterlichen Erziehungsverhaltens

elterliche Gewalt (gegen Jugendliche wie auch beobachtete Partnergewalt)

geringe elterliche Supervision/elterliches Desinteresse

#### Ebene der Schule

Schulschwänzen

geringe Schulbindung/geringe Schulattraktivität

negatives Klima in Schule/Klasse

geringe Supervision/unklare Regeln

Schulleistungsprobleme

#### Gleichaltrige/Freizeit

hohe Anzahl delinquenter Freunde

gewalt/delinquenzbefürwortende Normen in der Clique

häufiger Konsum gewalthaltiger Medieninhalte

#### Nachbarschaft/soziales Umfeld

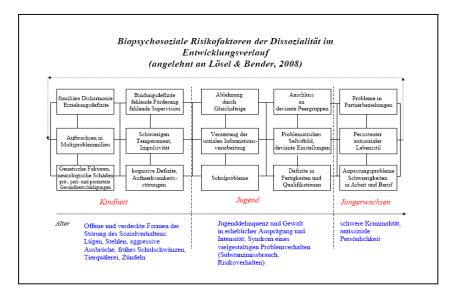
sozio-ökonomische Benachteiligung/Belastung der Familie

unzureichende Freizeitangebote im Stadtteil

hohe Kriminalitätsbelastung des Stadtteils

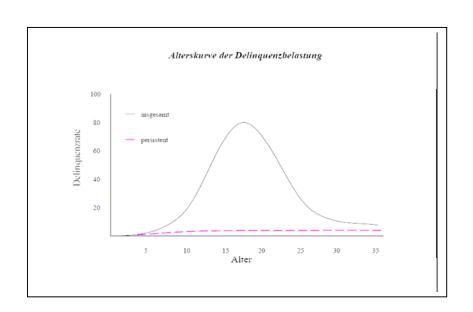
hohe Fluktuation der Bewohner im Stadtteil/geringer Zusammenhalt

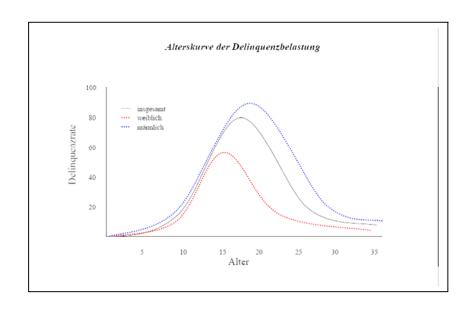
Risikofaktoren und kriminelle Karrieren junger Menschen

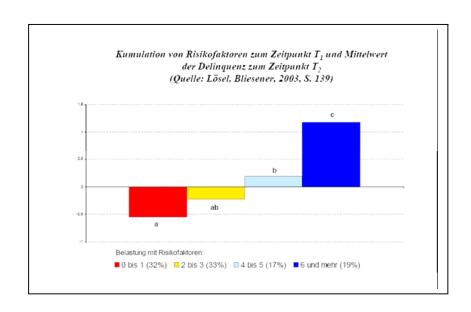


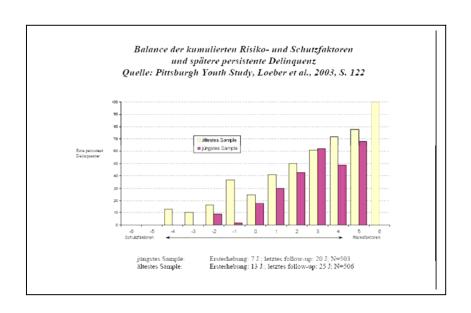
Alter bei erster krimineller Auffälligkeit und Wahrscheinlichkeit massiver Delinquenz im späteren Jugendalter bei männlichen Jugendlichen (Denver Youth Survey: Huizinga et al., 2003, p. 54)

Alter bei Erstauffälligkeit	Anteil massiv Delinquenter im späteren Jugendalter
unter 9 J.	67%
9-11 J.	63%
12-14 J.	27%
15-17 J.	29%



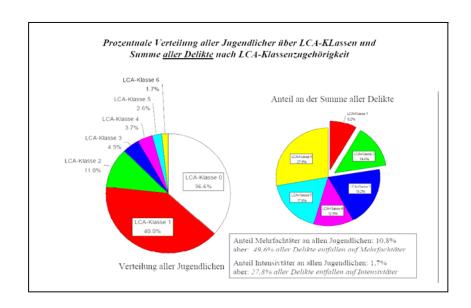


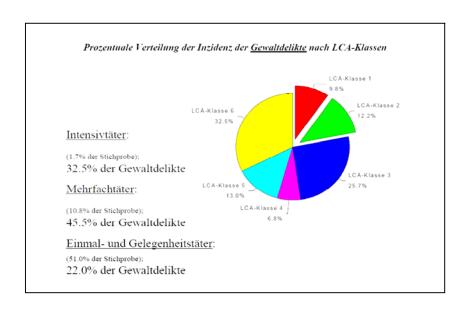


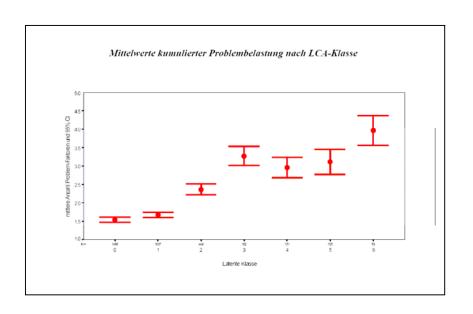


uster delinguenten Ve	rhaltei	is (Er	gebnis	Late	nter K	assen	analysen	LCA	
•	Latente Klassen								
	nicht del.		al und ntl. del.	М	ehrfacht	iter	Intensiv täter		
	0	1	2	3	4	5	6	Total	
Delikte									
Fahren o. FEL	0.0*	0.1*	3.2€	1.2 <sup>d</sup>	1.1 <sup>d</sup>	22.0a	15.9 <sup>b</sup>	1.3	
Diebstahl von KfZ	0.0*	0.0*	0.3 <sup>d</sup>	1.6b	0.34	0.84	7.8ª	0.3	
Sachbeschädigung	0.0f	0.1f	0.6*	2.6°	7.2b	1.6d	9.7=	0.7	
Graffiti	0.0*	0.0*	0.2*	0.4 <sup>d</sup>	3.7b	1.2¢	7.34	0.3	
Ladendiebstahl	0.0*	0.4 <sup>d</sup>	0.3 <sup>d</sup>	7.7a	0.74	0.9	6.4 <sup>b</sup>	0.7	
Diebstahl aus KfZ	0.0b	0.0b	0.0b	0.1 <sup>b</sup>	0.1 <sup>b</sup>	0.2b	2.2ª	0.0	
Einbruchsdiebstahl	0.04	0.0e	0.2°	1.1 <sup>b</sup>	0.2°	0.2¢	4.6ª	0.2	
Raub	0.0b	0.0b	0.1b	0.2b	0.2 <sup>b</sup>	0.3b	5.9ª	0.1	
Körperverletzung	0.0s	0.2f	0.9*	5.1b	1.5 <sup>d</sup>	3.7¢	11.2a	0.7	
Erpressung	0.0b	0.0b	0.0b	0.1 <sup>b</sup>	0.0b	0.0b	2.92	0.1	
Bedrohen m. Waffe	0.0d	0.0 <sup>d</sup>	0.0 <sup>d</sup>	0.5b	0.1 <sup>d</sup>	0.3¢	4.42	0.1	
Mittelwert Gesamtinzidenz	0.05	0.9f	5.8*	19.0°	14.5 <sup>d</sup>	29.2b	72.1°	4.3	
N	1301	1375	390	143	127	96	60	3492	
% (der Stichprobe)	37.3	39.4	11.2	4.1	3.6	2.7	1.7	100	
Versatilität (MW)	0.0f	0.6*	2.2 <sup>d</sup>	3.5b	3.0°	3.3b	6.9a	0.9	

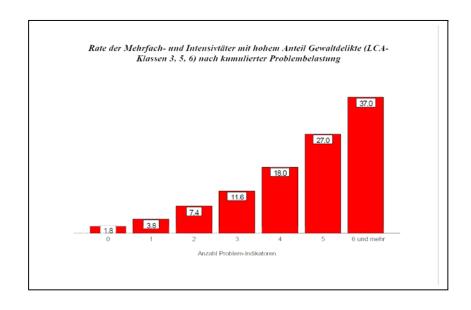


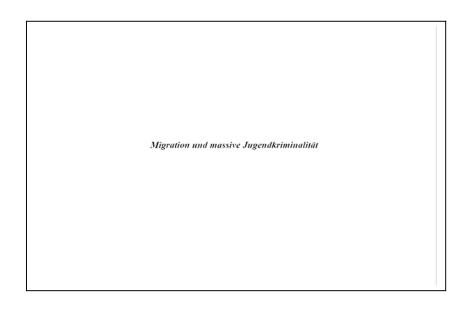




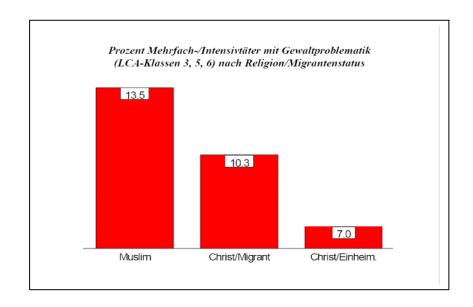


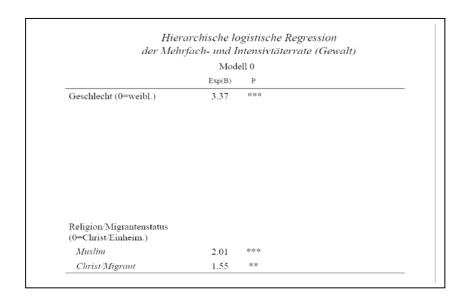
Mehrfach-	und Inten	sivtäter	
	Total	Mehrfachtäter LCA-Kl. 3-5	Intensivtäter LCA-Kl. 6
Arbeitslosigkeit/Sozialhilfe	13.0%	15.5%	13.0%
Eltern ohne Schulabschluss	4.2%	6.8%	8.7%
niedriges Bildungsniveau (< RS)	23.0%	35.2%	33.3%
Schwere Züchtig./Misshandl. (Kind)	19.9%	30.8%	39.1%
Schwere Züchtig/Misshandl (Jugend)	11.1%	22.1%	37.7%
Scheidung/Trennung der Eltern	27.7%	35.4%	34.8%
geringe Selbstkontrolle	24.3%	53.2%	78.3%
geringe elterl. Supervision	27.9%	39.3%	43.5%
geringe Schulbindung	27.9%	42.9%	53.6%
viele delinquente Freunde (>= 10)	10.8%	32.6%	58.0%
mittlere Problembelastung	1.9	3.1	4.0





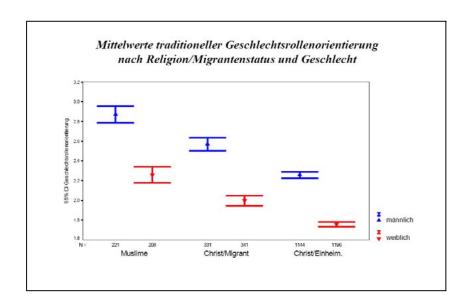
		tungsfaktor grantenstat		
	Muslime	Christl./ Migrant	Christl./ Einheim.	Total
Arbeitslosigkeit/Sozialhilfe Eltern	23.2%	19.4%	7.7%	12.0%
Eltern ohne Schulabschluss	20.6%	3.5%	1.4%	4.3%
niedriges Bildungsniveau (< RS)	35.0%	24.9%	21.1%	23.6%
Schwere Züchtig./Misshandl. (Kind)	31.4%	23.6%	16.6%	19.9%
Schwere Züchtig./Misshandl. (Jugend)	20.6%	13.7%	9.1%	11.5%
Scheidung/Trennung der Eltern	14.4%	23.8%	27.9%	25.3%
geringe Selbstkontrolle	28.8%	21.9%	23.3%	23.7%
geringe elterl. Supervision	18.4%	28.6%	28.1%	27.0%
geringe Schulbindung	22.3%	29.4%	27.1%	27.0%
viele delinquente Freunde (>= 10)	16.6%	13.4%	9.3%	11.0%
Mittelwert kumulierter Risiko- und Belastungsfaktoren	2.3ª	2.0 <sup>b</sup>	1.7°	1.9



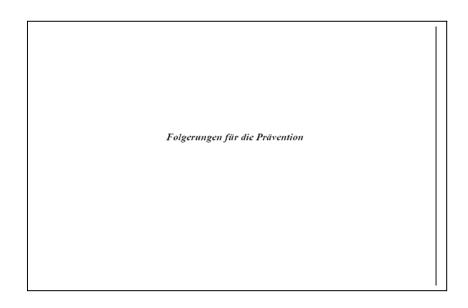


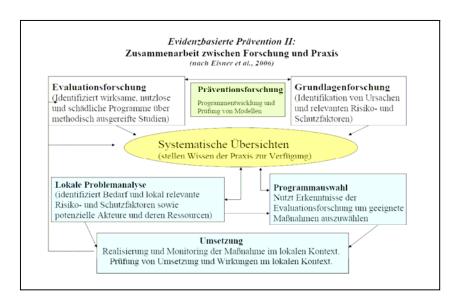
Hierarc der Mehrfac	hische lo h- und I	-	_	
	Modell 0		Mod	ell 1
	$\operatorname{Exp}(B)$	P	Exp(B)	p
Geschlecht (0=weibl.)	3.37	***	2.95	***
Kum. Risikofaktoren (0=keine)				
1			2.02	*
2			3.90	市市市
3			5.82	非非非
4			11.37	非非非
5			15.19	***
6 und mehr			26.28	非非非
Religion/Migrantenstatus (0=Christ/Einheim.)				
Muslim	2.01	****	1.44	*
Christ/Migrant	1.55	381 381	1.31	#

	Hierarchische logistische Regression der Mehrfach- und Intensivtäterrate (Gewalt)					
	Modell 0		Mod	ell 1		
	Exp(B)	P	Exp(B)	p		
Geschlecht (0=weibl.)	3.37	***	2.95	***		
Kum. Risikofaktoren (0=keine)						
1			2.02	*		
2			3.90	***		
3			5.82	***		
4			11.37	***		
5			15.19	***		
6 und mehr			26.28	***		
Religion/Migrantenstatus (0=Christ/Einheim.)						
Muslim	2.01	****	1.44	*		
Christ/Migrant	1.55	**	1.31	#		



Mehrfach-	und Int	ensivte	äterrate	(Gewo	alt)	
	Mod	ell 0	Modell 1		Modell 2	
	$\operatorname{Exp}(B)$	P	Exp(B)	p	Exp(B)	P
Geschlecht (0=weibl.)	3.37	161 161 161	2.95	10/1 10/1 10/1	2.37	20/2 20/2 20/2
Kum. Risikofaktoren (0=keine)						
1			2.02	1[0	2.00	8
2			3.90	16.16.16	3.72	20/2 20/2 20/2
3			5.82	3[6 3]6 3]6	5.35	262 262 262
4			11.37	***	10.34	***
5			15.19	***	13.37	***
6 und mehr			26.28	推維維	23.31	***
tradit. Geschlechtsrollenorient.					1.47	***
Religion/Migrantenstatus (0=Christ/Einheim.)						
Muslim	2.01	***	1.44	堆	1.17	n.s.
Christ/Migrant	1.55	166 166	1.31	#	1.19	n.s.





#### Evidenzbasierte Prävention

- Identifikation von Risiko- und Schutzfaktoren f
  ür Delinquenz und Kriminalit
  ät
  durch die Forschung.
- Entwicklung von Maßnahmen, die an diese Befunde anknitpfen. Ziel: Reduzierung von Risikofaktoren oder Stärkung von Schutzfaktoren.

•Universelle Prävention (richtet sich auf alle)

• Selektive Prävention (fokussiert bestimmte Risikogruppen, bei denen das Problem noch nicht besteht)

•Indizierte Prävention (richtet sich auf bereits mit Delinquenz in Erscheinung getretene Gruppen)

personenbezogen Täter Prox

situationsbezogen

Proximale Risiken

Distale Risiken

#### Aktionismus oder evidenzbasiertes Handeln?

- In Deutschland besteht kein Mangel an Präventionsideen und -modellen, wohl aber ein Mangel an Wirkungsnachweisen, die methodischen Mindestanforderungen gentigen.
- Es ist eine Art Präventionsaktionismus zu erkennen, in dem allenfalls Programmbeschreibungen und Prozessevaluationen in Modelle integriert werden. Es findet zu selten eine kontrollierte, evidenzbasierte Programmentwicklung und darauf aufbauende Konzeptfortschreibung statt.
- International sind entsprechende Entwicklungen einer evidenzbasierten Kriminalprävention weiter fortgeschritten.
- Evidenzbasierte Kriminalprävention setzt allerdings eine Kooperationsbereitschaft sowie die Fähigkeit der selbstkritischen Reflexion auf Seiten von Wissenschaft und Praxis voraus.
- · In Deutschland sind dazu erst in jüngerer Zeit erste Ansätze zu erkennen.

21

#### Übersichten über Wirksamkeit von Programmen

#### Blueprints of Violence Prevention (www.colorado.edu/csvp/blueprints)

(ca. 600 Programme geprüft; 11 erhalten Prädikat "wirksam", 18 erhalten Prädikat "vielversprechend")

#### Sherman Report (erste Aufl. 1996; 2. Aufl. 2002) (www.cjcentral.com/sherman/sherman.htm)

Von 625 Programmen, die untersucht wurden, konnten 28 als wirksam klassifiziert werden.

#### Metaanalysen der Campbell Collaboration Group (www.campbellcollaboration.org)

Veröffentlicht quantitative Zusammenfassung der Forschungsergebnisse aus verschiedenen Ländern zu verschiedenen Themen, u.a. auch Wirkungsnachweise von kriminalpräventiven Maßnahmen.

#### Für Deutschland:

Schindler, V. & Baier, D. (2007). Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse von Schülerbefragungen 2005 und Möglichkeiten Erfolg versprechender Prävention. Zentrale Geschäftsstelle der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes.

(enthält Hinweise auf ausgewählte, evaluierte Programme)

Deutsches Jugendinstitut (2007). Strategien der Gewaltprävention im Kindesund Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München:

"Angesichts des wiederholt festgestellten, dürftigen Standes der Evaluationsforschung in diesem Bereich kann auch der vorliegende Bericht nicht zwischen bewährter, guter und bester Praxis unterscheiden. Eine der zentralen Herausforderungen in der Zukunft wird deshalb die Überprüfung der praktischen Bewährung sowie der Nachhaltigkeit der hier dargestellten Strategien sein." (S. 25)

## **BREMEN**

# "Gewaltkarrieren" junger Menschen in Bremen und Bremerhaven

Lagebild aus Sicht der Polizei Bremen Fachtag am 09. April 2008

**POLIZEI** 



Bremen

#### Inhalte des Lagebildes

#### 1. Problembeschreibung

- Überblick über die Kriminalitätslage
- Zielgruppen
- Weitere Hintergründe / Ursachen

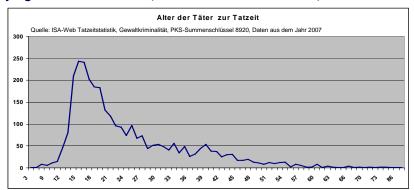
#### 2. Schlussfolgerungen und Umsetzung

- Welche Zielgruppen und Maßnahmen haben wir definiert?
- Erreichen wir die wesentlichen Zielgruppen?
- Konzentrieren wir unsere Ressourcen auf die Zielgruppen und Maßnahmen?
- Werden die Konzepte umgesetzt? Was wissen wir über unsere Maßnahmen?

#### 3. Wirkungskontrolle

- Welche Maßnahmen haben wir überprüft, welche nicht?
- Gibt es Hinweise auf "Mythen" und falsche Ressourcenbindungen?

## 1.1. Überblick Die Täter im Bereich der Gewaltkriminalität sind jung und i.d.R. männlich (Anteil der Frauen / Mädchen = 13%)



 88% der Täter sind Bremer, 50% der Taten werden im Wohnortrevier begangen\*

> \*Tatverdächtigenanalyse von Gewalttätern für das Jahr 2006, Datenbasis: ISA-Web: Von 3192 Tatverdächtigen insgesamt hatten 2813 ihren Wohnort in Bremen

#### 1.1. Überblick

Städtevergleich: Bremen ist in der Kriminalitätshäufigkeitsziffer\* bei Gewalt- und Diebstahlsdelikten an der "Spitze"

Erfasste Straftaten		Gewal	tdelikte	Diebstahl u.erschw.Umst		
HZ*	AQ in %	insgesamt	je 100.000Bev.	insgesamt	je 100.000 Bev.	

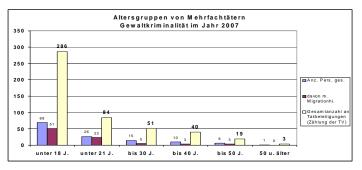
Ausgewählte Großstädte 2006

racyc ir ainit						
Bremen	14 719	42,3	3286 (3103)**	601	27 640	5054
Köln	13 991	39,4	5571 (5403)	567	37272	3790
Frankfurt/M.	16 378	57,2	3696 (3685)	567	16 528	2535
Hannover	16 162	61,6	2867 (2754)	556	15 682	3041
Hamburg	13 566	47,0	8978 (9139)	515	52 741	3025
Dortmund	10 834	50,2	2753 (2 683)	468	15 193	2583
Düsseldorf	15 181	49,1	2531 (2427)	441	22766	3963
Essen	9 237	46,4	2000 (1915)	342	14 003	2392
München	8 861	58,2	4452 (3699)	353	13 349	1061
Dresden	9 328	57,9	1097 (1123)	221	7 908	1597
Stuttgart	9 289	62,7	3113 (1849)	357	5 125	865

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Stand:2004

## 1.1. Überblick: Die Mehrfachtäter sind bei Jugendlichen / Heranwachsenden überrepräsentiert



- 19 % der Wohnbevölkerung Bremens sind jünger als 21 Jahre, 12 % sind Kinder

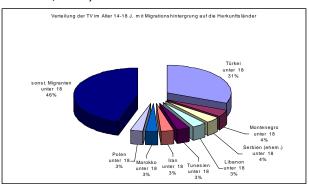
   Varnach läggigt man die vanigen deutsche Kinder begrangen Gewelt delikte sind.
- Vernachlässigt man die wenigen durch Kinder begangenen Gewaltdelikte, sind folgende Aussagen prägend für das Problem der "Jugendgewalt" in Bremen:
- Ca. 7 % der Wohnbevölkerung begehen: 57 % der Raubdelikte (1400), 72 % der Handtaschenraube (65), 30 % der Körperverletzungsdelikte (5500). 41 % der gef. Körperverletzungsdelikte (1700), 25 % der Widerstandshandlungen (400)

<sup>\*</sup> Kriminalitätshäufigkeitsziffer (KHZ) = Fälle pro 100.000 Einwohner

<sup>\*\*</sup> in Klammern: Zahlen aus 2003

## 1.2. Zielgruppen: Besondere Auffälligkeit von Migranten. Die bremische Datenbasis ist (noch) nicht ausreichend.

- Die Tatverdächtigenbelastungszahl beträgt bei Deutschen ohne Migrationshintergrund unter 22 Jahren 789.
- Bei Personen mit Migrationshintergrund unter 22 Jahren beträgt sie 1735 (um den Faktor 2,2 höher).



Die sonst. Migranten beinhalten Staatenlose, ungeklärte Staatsangehörigkeiten (z.B. Ex-Jugoslawien, ehem. UDSSR) und doppelte Staatsangehörigkeiten

#### 1.2. Zielgruppen:

Welche Erkenntnisse gibt es zu Hoch-Risiko-Familien?

 Eine Abfrage nach den auffälligsten Familien ergab aus den Polizeiinspektionen folgende Rückmeldung:

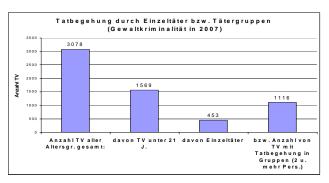
PI	Anzahl Familien	Anzahl TV	Tatbeteiligungen als TV
S 5	10	46	1250
S 6	10	30	1100
S 7	14	57	2440
S 9	11	58	989
Summe	45	191	5779

### 1.2. Zielgruppen: Wie verlaufen kriminelle Karrieren? Welche Erkenntnisse gibt es über Früheinsteiger / Kinder?\*

- 1. Drei Viertel aller Tatverdächtigen (TV) lassen sich als gering belastet klassifizieren (bis zu 5 Taten)
  - Bei dem überwiegenden Teil der polizeilich erfassten Tatverdächtigen kann weder eine Kriminalisierungstendenz noch eine Gewaltorientierung festgestellt werden.
- 2. Ca. 5 % der TV können als Vielfachtäter bezeichnet werden (mind. 10 Einträge, darunter solche im zumindest mittleren Schwerebereich). Ihnen kann 34,4% des Vorgangsaufkommens zugerechnet werden.
- 3. Vielfachtäter sind Männer, der Anteil von türkischen und libanesischen TV ist deutlich erhöht. Die Wohnsitze konzentrieren sich auf sozialstrukturell problematische Quartiere (sozialstrukturelle Benachteiligung begünstigt Kriminalisierungsprozesse).
- Kennzeichnend sind bei den mehrfach / vielfach auffälligen TV erste Auffälligkeiten in der Kindheit und fast regelmäßig in der Jugend (je stärker die Auffälligkeit, desto früher). "Späteinsteiger" sind klar in der Minderheit.
- Mit zunehmender Kriminalisierung kommt es zu Verschiebungen in der Deliktsstruktur (jedoch zu keiner Spezialisierung). Der Stellenwert von Gewaltdelikten ist bei mehrfach / vielfach auffälligen TV signifikant höher. Dies gilt auch für den schweren Diebstahl.

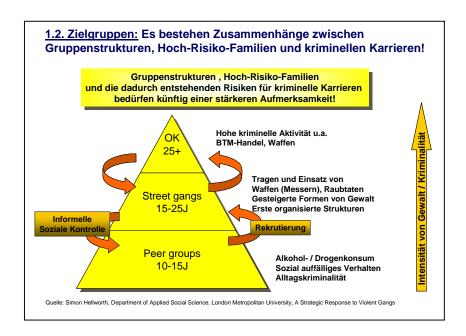
\*Ohder / Ciupka: Intensive Kriminalität im großstädtischen Raum – eine Untersuchung am Beispiel Berlins in: Die Polizei 10-2007 S. 277ff

#### 1.2. Zielgruppen: Weiterhin ist zu beachten: Gewaltkriminalität ist überwiegend ein Gruppenphänomen



#### Polizeiliche Beobachtungen:

- Körperliche Auseinandersetzung werden herausgefordert (provokantes Verhalten / Pöbeleien aus Gruppen – insbesondere mit Migrationshintergrund).
- Oft nichtige Gründe, zunehmend brutaler.
- Huchting und Kattenturm: Gewaltdelikte aus Gruppen in wechselnder Zusammensetzung – in der Regel mit Migrationshintergrund.
- Selbst ernannte "Straßengangs" in Bremen-Nord.



## 1.3. Hintergründe: Für Bremen wird bis 2020 eine weitgehende Bevölkerungsstabilisierung erwartet\*

Die Prognosen gehen auch von relativ stabilen Zahlen bei der Altersgruppe junger Menschen aus (vgl. Tabelle).

	Bevöl- kerung	Davon im Alter von bis unter Jahren (%)							Durch- schnitts-
Jahr	am Jahres- ende	unter 6	6 – 18	18 – 30	30 – 50	50 – 65	65 – 80	80 und 80+	alter der Bevöl- kerung
2004	545.900	5,0	11,0	15,0	30,2	19,0	14,6	5,2	43,0
2010	545.800	5,0	10,6	15,3	28,8	19,1	15,5	5,7	43,8
2015	547.100	5,1	10,2	15,3	27,3	20,2	15,7	6,2	44,3
2020	545.100	5,2	10,1	14,8	26,0	21,3	14,9	7,7	44,8

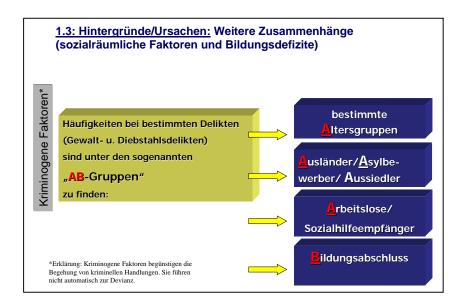
#### Aber:

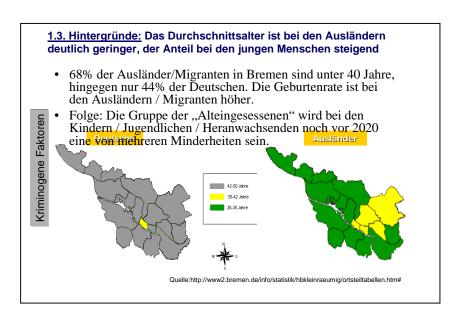
Der Anteil von Migranten an Schulen beträgt in Bremen 35,8 % (Vergleich Bundesschnitt: 22,2 %, Quelle: PISA 2003, Zusammenfassung, S.33)

#### In BHV

Bevölkerungsrückgang voraussichtl. um 12,5% bis 2020. Alterungsprozess aufgrund des negativen Wanderungssaldos schneller als in Bremen.

\*Quelle: Mitteilung des Senats vom 14.Februar 2006
"Handlungsbedarf aufgrund des demographischen Wandels





#### 1.3: Hintergründe/Ursachen:

#### Benachteiligung / Zukunftschancen:

- 1. Benachteiligung im Bildungsbereich allgemein:
  - Fast ¾ der türkischen Jugendlichen der ersten Generation spricht zuhause / im sozialen Nahfeld türkisch\*
  - Über 60% der Ausländer erreicht keinen oder den Hauptschulabschluss, bei den Deutschen sind es gut 32%\*\*
- 2. Bildungssituation in Bremen\*
  - Höchster Migrantenanteil in den Schulen mit 36% im Ländervergleich (Platz 2: HH mit 34.6%)
  - höchster Anteil an Schulversäumnissen (36,8% in den Hauptschulen)
  - mit 82% höchster Anteil an "belasteten Schulen" (darunter wird subsumiert: Klima in der Schule, kollegiale Zusammenarbeit der Lehrerschaft, Engagement der Eltern usw., zum Vergleich Hamburg: 66%).
- Arbeit: Von 1995 bis 2005 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Bremen von 14.626 auf 10.977 um 24,9% zurückgegangen.
- Anteil der Sozialgeldempfänger bei den unter 15 Jährigen im September 2005: 28,2% in der Stadt Bremen.
- Gut 50% aller ausländischen Minderjährigen leben im Oktober 2003 in einer Bedarfsgemeinschaft, die Leistungen nach dem BSHG oder dem AsylbLG erhielten
- 6. "Die wachsende soziale Ungleichheit wird von einer zunehmenden sozialräumlichen Segregation begleitet... Da sich in den Gebieten zunehmend Haushalte konzentrieren, die von Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut betroffen sind, kommt eine Dynamik der Quartiersentwicklung in Gang, die als 'Abwärtsentwicklung' beschrieben werden kann:" Zitat aus dem WIN-Evaluationsbericht (S.13)

\*Kernaussagen aus der PISA 3 – Studie, vgl.www.pisa.ipn.uni-kiel.de

#### 2. Schlussfolgerungen und Umsetzung

Aus Sicht der Polizei Bremen ergeben sich aus diesen Problemstellungen zwei grundsätzliche Interventionsansätze:

#### Primärpräventive Problemlösungsansätze

z.B. Ganztagsschulen, Sprachförderungsmaßnahmen usw...

#### Ansätze zur Verhinderung / Unterbrechung negativer (krimineller) Karrieren

- Episoden-, Schwellen-, Intensivtäter
  - . Hoch-Risiko-Familien
  - 3. Gruppengewalt / kriminelle Gruppierungen

## Zusammenfassung 1: Stand und erwartete Entwicklungen

- Im Städtevergleich ist Bremen in der Kriminalitätshäufigkeitsziffer\* bei Gewalt- und Diebstahlsdelikten an der "Spitze".
- 2. Die Täter im Bereich der Gewaltkriminalität sind jung und i.d.R. männlich. Die Mehrfachtäter sind bei Jugendlichen / Heranwachsenden überrepräsentiert.
- 88% der T\u00e4ter sind Bremer, 50% der Taten werden im Wohnortrevier begangen.
- . Die Wohnsitze konzentrieren sich auf sozialstrukturell problematische Quartiere.
- 5. Die Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund sind deutlich überrepräsentiert.
- 6. Kennzeichnend sind bei den mehrfach / vielfach auffälligen TV erste Auffälligkeiten in der Kindheit und fast regelmäßig in der Jugend (je stärker die Auffälligkeit, desto früher). "Späteinsteiger" sind klar in der Minderheit. Mit zunehmender Kriminalisierung kommt es zu Verschiebungen in der Deliktsstruktur (jedoch zu keiner Spezialisierung). Der Stellenwert von Gewaltdelikten ist bei mehrfach / vielfach auffälligen TV signifikant höher.
- 7. Gewaltkriminalität ist überwiegend ein Gruppenphänomen. Es bestehen Wechselwirkungen mit Mitgliedern besonderer Hoch-Risiko-Familien.
- 8. Ursächlich ist eine hohe Konzentration kriminogener Faktoren, insbesondere
  - den hohen Migrantenanteil mit einem entsprechend hohen und insbesondere im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung zunehmenden Anteil junger Menschen.
  - eine starke Häufung sozialer und infrastruktureller Probleme.

#### 9. Folgerung:

- Wahrscheinlich ist ein weiterer Anstieg in der Gewalt- und Eigentumskriminalität mit besonderer Belastung durch die Zielgruppe Migranten. Besonders auffällig sind "MHALLAMIYE – Kurden"
- Die Segregationsproblematik wird ein besonderes Problem darstellen. (Migrantenhochburgen / Stadtteile mit einem hohen Benachteiligungsindex, Auseinandersetzungen im Stadtteil zwischen unterschiedlichen Gruppierungen usw.)

### 2.1.: Welche Zielgruppen und Maßnahmen haben wir definiert? Kriminelle Karrieren: Episoden-, Schwellen- und Intensivtäter

#### Episodentäter:

- Definition:
  - o Kinder / Jugendliche, die weniger als 3 Taten begangen haben oder
  - Kinder / Jugendliche, die mehr als drei Taten begangen haben, deren weitere Karriere jedoch als zeitlich begrenzt eingestult wird (Positivprognose)

#### Mengenhinweis:

o Im Jahr 2007 sind **770 Kinder und 1858 Jugendliche** das erste oder zweite mal polizeilich in Erscheinung getreten

#### Schwellentäter:

- Definition:
  - o Kinder / Jugendliche, die bereits mehrfach in Erscheinung getreten sind (ab 3 Taten) und
  - die Qualität der Tatbegehung hat ihre besondere Bedeutung im Bereich der Gewalt-, Eigentums- und BTM-Kriminalität und
  - die weitere kriminelle Karriere droht sich zu verfestigen, eine Beendigung analog Episodentäter ist nicht zu erkennen (Negativprognose)

#### Mengenhinweis:

 Im Jahr 2007 sind 90 Kinder und 489 Jugendliche mehr als das 2. mal polizeilich in Erscheinung getreten (einschl. Episoden- und Intensiytäter)

#### Intensivtäter:

- Definition
  - o Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene, die bereits als Mehrfachtäter (mehr als 5 Taten) in Erscheinung getreten sind und
  - o deren Taten im Bereich der Gewalt und Eigentumsdelikte angesiedelt sind und
  - die Tatbegehung lässt auf eine besonders hohe kriminelle Energie schließen (gewohnheits- oder gewerbsmäßige Begehungsweise).

#### Mengenhinweis:

o 270 Intensivtäter sind aktuell definiert, davon 2/3 Jugendliche und Heranwachsende

25

<sup>\*\*</sup> www.integrationsbeauftragte.de/download/Modul\_5\_Bildung.pdf

#### 2.2. Die Maßnahmen und deren Umsetzung

- 1. Allgemeiner Hinweis: Vorsicht vor dem "Konzept-Tsunami"
- 2. Episodentäter:
  - o Kinder / Jugendliche, die weniger als 3 Taten begangen haben oder
  - Kinder / Jugendliche, die drei oder mehr Taten begangen haben, deren weitere Karriere jedoch als zeitlich begrenzt eingestuft wird (Positivprognose)
  - die Maßnahmen sind zum Teil umgesetzt
    - o Normenverdeutlichendes Gespräch (1 oder 2 Taten)
      - ✓ Bei Kindern vollständig eingeführt, Umsetzung lückenhaft
      - ? Bei Jugendlichen noch nicht vollständig umgesetzt (in Planung)
    - o **Gefährderansprache** (3 Taten oder mehr)
      - ? Entwickelt, aber noch nicht flächendeckend umgesetzt
      - ✓ Grundsatz: Täterorientierte Sachbearbeitung, noch nicht bei Heranwachsenden umgesetzt.

#### 2.2. Die Maßnahmen und deren Umsetzung

- 4. Intensivtäter:
  - Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene, die bereits als Mehrfachtäter (mehr als 5 Taten) in Erscheinung getreten sind und
  - o deren Taten im Bereich der Gewalt und Eigentumsdelikte angesiedelt sind und
  - o die Tatbegehung lässt auf eine besonders hohe kriminelle Energie schließen (gewohnheits- oder gewerbsmäßige Begehungsweise).
  - die Maßnahmen sind überwiegend umgesetzt
    - o allgemein
      - ✓ **Definition** von 270 Intensivtätern nach dem sog. "Kölner Modell"
      - ✓ Definition von sog. Top-Tätern
      - ✓ Beschleunigte Umsetzung von Haftbefehlen
      - ? "Gefährderansprache" und anlassunabhängige Gefährderansprachen (in Planung)
      - ? Noch nicht umgesetzt: Einführung regional verantwortlicher Paten
      - ? Noch nicht umgesetzt: Evaluation des Ausstiegs / der Verfestigung
    - o Bei Jugendlichen / Heranwachsenden
      - ✓ In Umsetzung: Anlage eines personenorientierten Berichtes bis 01.07.08
- 5. Gruppengewalt / Hoch-Risiko-Familien
  - Bei hoher Auffälligkeit: Einsatz der flexiblen Ermittlungsgruppe
  - Konzeptionell noch keine entwickelten Ansätze!

#### 2.2. Die Maßnahmen und deren Umsetzung

#### 3. Schwellentäter:

- o Kinder / Jugendliche, die bereits mehrfach in Erscheinung getreten sind (ab 3 Taten) und
- o die Qualität der Tatbegehung hat ihre besondere Bedeutung im Bereich der Gewalt-,
   Eigentums- und BTM-Kriminalität. Und
- o die weitere kriminelle Karriere droht sich zu verfestigen, eine Beendigung analog Episodentäter ist nicht zu erkennen (Negativprognose)
- die Maßnahmen sind zum größten Teil noch nicht umgesetzt
  - ✓ Grundsatz: Täterorientierte Sachbearbeitung
  - ? Einführung verfahrensbeschleunigender Strukturen in Anlehnung an das Intensivtäterkonzept
  - ? Fertigung "Personenorientierter Berichte" (Historie und Maßnahmendokumentation)
  - ? Gefährderansprachen im Rahmen der Vernehmung sowie aufsuchend, anlassunabhängig einschl. Prognose
  - ? Einbindung/ Information ressortübergreifender Dienststellen
  - ? Ggfs. ressortübergreifende Fallkonferenzen
  - ? Beobachtung/ Controlling durch Rankingliste
  - ? **Ggfs. Schwerpunktsetzung** durch Einteilung in Schwellentäter 1 und 2

#### 3. Wirkung:

#### Welche Maßnahmen haben wir überprüft, welche nicht?

#### 1. Überprüfte Maßnahmen:

- Das normenverdeutlichende Gespräch
  - Überprüft: 284 Anlässe von 2001 bis 2003. Eine verlässliche Aussage zur Wirkung ist aufgrund mangelnder Vergleichsgruppe nicht möglich (aber: positive Indikatoren)
  - Hohe Verlässlichkeit der Prognose. In nur einem Fall (2001 2003) hat ein KoP eine nicht zutreffende Prognose erstellt!
- Der personenorientierte Bericht
  - o Erste Erkenntnisse: verbesserte Entscheidungsgrundlage, kaum Mehraufwand nach Einführung
- Die Intensivtätersachbearbeitung
  - o 2006 traten die Intensivtäter 3.448 x als TV in Erscheinung, im Jahr 2007 1.817 x.

#### 2. Nicht überprüfte Maßnahmen / Mängel

- Intensivtäter: Keine Ausstiegsdokumentation
- Mängel in der Wirkungskette im Sinne einer schnellen, konsequenten Reaktion (siehe Beispiel)
- Offen: Können die TV mit Migrationshintergrund mit den herkömmlichen Verfahrensweisen zielgerichtet erreicht werden?
- 3. Hinweise auf "Mythen" und falsche Ressourcenbindungen?
  - Eine konsequente Orientierung der Intensität der Maßnahmen an der Negativprognose findet noch nicht statt.

26

## **Zusammenfassung 2:**

- 1. Aus Sicht der Polizei Bremen gibt es 3 unmittelbare Interventionsansätze:
  - a) "Erkennen und unterbrechen krimineller Karrieren" mit den Schwerpunkten
    - a) Schwellentäter frühzeitig erkennen und schnell und konsequent intervenieren sowie
    - b) der konsequenten Verfolgung von Intensivtätern
  - b) Gruppenstrukturen
  - c) Hoch-Risiko-Familien
- 2. Die kritische Betrachtung der eigenen Stärken und Schwächen orientiert an diesen Herausforderungen ergibt folgendes Bild:
  - a) Die Prognose kriminelle Karrieren ist möglich, aber noch nicht hinreichend entwickelt / genutzt
  - b) Es fehlt bislang ein konsequenter Ansatz "Schwellentäter".
    - a) "Rechtzeitige und konsequente Reaktion" wird noch nicht ausreichend umgesetzt. Es bestehen bislang ungenutzte Möglichkeiten (Beispiel Auflagen / Weisungen)
  - c) Es fehlt eine Dokumentation und Auswertung der Maßnahmen verschiedener Stellen
  - d) Eine Ausstiegsdokumentation und Evaluation besteht noch nicht
  - e) Strategische Konzepte zu den Themen "Kriminelle Karriere von / in Gruppen und "Intervention bei Hoch-Risiko-Familien" sind noch nicht entwickelt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.
- 3. Ressortübergreifend: Es Bedarf der verbesserten Abstimmung und Kooperation, beginnend mit einer gemeinsamen Schwerpunktsetzung auf der Basis verabredeter Indikatoren und abgestimmter Informationswege

"Gewaltkarrieren" junger Menschen in Bremen und Bremerhaven

#### Ein Lage- und Situationsbericht aus Sicht der Staatsanwaltschaft Bremen

I. Die Feststellung im Lagebild der Polizei, Bremen liege im Städtevergleich in der Kriminalitätshäufigkeitsziffer bei Gewalt- und Diebstahlsdelikten an der Spitze, war für die Staatsanwaltschaft durchaus überraschend, wenngleich für Staatsanwälte der Anstieg derartiger Straftaten auch in Bremen seit einigen Jahren unübersehbar ist.

Mitteilungen über den Anstieg der Gewalttaten Jugendlicher gibt es aus zahlreichen anderen Bundesländern. Aus Berlin und Hamburg sind ebenfalls Senatsdrucksachen zur verstärkten Bekämpfung der Jugendgewalt bekannt geworden. Vom Generalstaatsanwalt des Landes Schleswig-Holstein wird ein seit Jahren anhaltender Trend zu steigender Gewaltkriminalität von Jugendlichen und Heranwachsenden gemeldet. Vor wenigen Tagen wurde im 'Spiegel' über die bundesweite Untersuchung einer Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz berichtet, derzufolge junge Gewalttäter selten bestraft und Gerichtsverfahren meist eingestellt oder Jugendstrafen zur Bewährung ausgesetzt werden.

Veranlassung zu einer kritischen Betrachtung auch der eigenen Praxis besteht bereits beim Lesen der täglichen Ereignismeldungen der Polizei Bremen. In ihnen fallen zunehmend Berichte über Straftaten Jugendlicher oder Heranwachsender auf, die in den Verfahrenslisten der Staatsanwaltschaft bereits über eine stattliche Anzahl von Eintragungen verfü-

gen. Nicht selten betreffen diese Eintragungen zunächst Ermittlungsverfahren, die wegen Strafunmündigkeit der Beschuldigten einzustellen waren.

Regelmäßig weisen die Erziehungsregister auch bei diesen Jugendlichen anschließend mehrere Eintragungen über von der Staatsanwaltschaft oder dem Jugendgericht nach §§ 45, 47 des Jugendgerichtsgesetzes zumeist nach Erteilung von Weisungen oder Auflagen eingestellte Verfahren auf, bis ein Urteil oder die Verurteilung zu einer Jugendstrafe mit Bewährung einzutragen war. Die Vollstreckung einer Jugendstrafe ist eher eine Ausnahme. Vielmehr werden auch nach der Verurteilung zu einer Jugendstrafe mit Bewährung durchaus anschließende Verfahren erneut und mit regelmäßig vertretbarer Begründung von Staatsanwaltschaft oder Jugendgericht eingestellt. Opferschutzorganisationen kritisieren die hohe Zahl der Einstellungen ohne Gerichtsverfahren.

Gewaltkarrieren drängen die Fragen nach ihren Ursachen und insbesondere danach auf, ob und ggf. welche Chancen zur Resozialisierung verpasst wurden. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob die Reaktionen auf delinquentes Verhalten Jugendlicher in der nötigen Schnelligkeit und mit ausreichender Konsequenz erfolgten.

II. Eine Feststellung darüber, ob auch Staatsanwaltschaft und Jugendgerichte in Bremen im Städtevergleich hinsichtlich des Aufkommens an Ermittlungsverfahren wegen Gewalttaten Jugendlicher und Heranwachsender eine Spitzenstellung einnehmen, ist nicht ohne weiteres möglich, da ein statistischer Vergleich der Staatsanwaltschaften nur auf Landesebene stattfindet. Dieser Ländervergleich wird von der Senatsverwal-

tung für Justiz in Berlin durchgeführt und in der sog. 'Berliner Tabelle' zusammengefasst, die zuletzt für das Jahr 2006 erstellt wurde.

Danach gingen im Jahr 2006 beim Jugendrichter in Bremen insgesamt durchschnittlich 497,10 Verfahren ein, was im Vergleich der 16 Bundesländer Platz 10 bedeutete. Der Bundesdurchschnitt lag bei 547 Verfahrenseingängen pro Jugendrichter.

Beim Jugendschöffengericht gingen im Jahr 2006 im Bundesdurchschnitt 225,5 Verfahren ein. In Bremen waren 219,0 Eingänge zu verzeichnen, was im Bundesvergleich Platz 8 bedeutete.

Die insgesamt 20,8 erstinstanzlichen Eingänge in den Jugendkammern des Landgerichts Bremen im Vergleichsjahr 2006 bedeuteten bei einem Bundesdurchschnitt von 16,9 Eingängen demgegenüber bereits Platz 3 im Ranking der Bundesländer. Dieser Hinweis auf einen vergleichsweise hohen Anteil schwerwiegender Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsender in Bremen wird durch den direkten Vergleich mit den Stadtstaaten Hamburg (7,8 Verfahrenseingänge bei den Jugendkammern, Platz 16 im Ländervergleich) und Berlin (14,6 Eingänge / Platz 11) verstärkt. Allerdings nimmt Bremen mit 24,5 Verfahrenserledigungen durch die Jugendkammer ebenfalls den Spitzenplatz 2 ein (Bundesdurchschnitt: 16,9 Erledigungen).

Die Geschäftsberichte der Staatsanwaltschaft Bremen (www.staatsanwaltschaft.bremen.de) weisen in den letzten Jahren gleichbleibend hohe Eingänge in den für Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender zuständigen Dezernaten aus. In diesen Dezernaten waren von einer Staatsanwältin / einem Staatsanwalt im Jahr 2006 jeweils im Durchschnitt 1.724 und im Jahr 2007 durchschnittlich 1720 Verfahren zu bearbeiten.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer - vom Eingang bis zum Abschluss in der Staatsanwaltschaft - lag im Jahr 2007 bei 2,4 Monaten, wobei 65,1% der Verfahrenserledigungen binnen eines Monats und 11,4% binnen zwei Monaten erfolgten.

Deutlich angestiegen ist demgegenüber der Anteil der in den Jugenddezernaten in Bremen und Bremerhaven zu bearbeitenden Verfahren wegen Körperverletzung:

2004: 4.997 Verfahren,

2005: 5.432 Verfahren,

2006: 5.811 Verfahren (Anteil: 10,5 %), 2007: 5.896 Verfahren (Anteil: 10,2 %).

Ebenfalls deutliche Indikatoren für die Zunahme der Gewaltdelikte in Bremen sind die angestiegenen Anklagen zum Schwurgericht und zur Jugendkammer. Die Zahl der Anklagen zum Schwurgericht stieg im Jahr 2007 im Vorjahresvergleich von 12 auf 27 und damit um 125%. Die Anklagen zur Jugendkammer nahmen um 50% zu.

Von besonderer - negativer - Bedeutung ist im Vergleich der Jahre 2006 / 2007 der Anstieg der beim Jugendgericht angeklagten Personen um 23,2 % auf insgesamt 1.963 Angeklagte. Die Anklagequote in den Jugenddezernaten lag im Jahr 2007 insgesamt bei 17,9 Prozent.

Nach allem kann der von der Polizei Bremen festgestellten Spitzenplatz im Städtevergleich bei Gewalt- und Dienstahlsdelikten nach den Zahlen der Justizstatistik zwar nicht bestätigt, aber auch nicht widerlegt werden.

III. Wegen des hohen Anteils der von Intensivtätern begangenen Straftaten ist zunächst in der Zweigstelle Bremerhaven der Staatsanwaltschaft ein spezielles Dezernat für Verfahren gegen diesen Personenkreis eingerichtet worden, dem wegen des deutlichen Erfolgs zwei Intensivtäterdezernate in der Staatsanwaltschaft in Bremen folgten.

Verfahren gegen erwachsene Intensivtäter werden auch in einer im Zusammenhang mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Bremer Discomeile eingerichteten Task Force bearbeitet. Zwei der Dezernenten dieser Task Force haben in einer vergleichbaren Abteilung der Staatsanwaltschaft Berlin hospitiert, um deren Strategien näher kennen zu lernen.

Bisherige Maßnahmen mit dem Ziel, der auch in Bremen deutlich zunehmenden Jugendgewalt zu begegnen, waren im Wesentlichen auf Organisations- und Ablaufveränderungen innerhalb der Staatsanwaltschaft und der Polizei beschränkt. Dies hat sich als nicht ausreichend erwiesen.

Eine erfolgreiche Unterbrechung krimineller Karrieren setzt ein möglichst frühzeitiges und vertrauensvolles Zusammenwirken derjenigen Behörden und Institutionen mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten voraus, die wie Schulen, Jugendhilfe und soziale Träger einschlägige Indizien erkennen und ihnen begegnen können.

Das Handlungskonzept des Bremer Senats 'Stopp der Jugendgewalt' sieht ein solches Netzwerk vor und ist daher besonders zu begrüßen. Es ist auch im Interesse der Opfer von Gewalttaten möglichst unverzüglich umzusetzen.

Die geforderte Beschleunigung strafprozessualer Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende insbesondere wegen des Vorwurfs von Gewalttaten setzt voraus, dass die Verfahrensbeteiligten frühzeitig kooperieren und nicht erst dann zusammenwirken, wenn die jeweilige Verfahrensakte zu ihnen transportiert wurde. Es würde beispielsweise einen wesentlichen Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung darstellen, wenn Berichte der Jugendgerichtshilfe in Verfahren gegen Intensivtäter und in Verfahren wegen des Verdachts von Gewalttaten durchgehend bereits auf Anforderung der Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren und nicht erst nach Anklageerhebung erstellt würden.

Polizei und Staatsanwaltschaft in Bremen haben sich zum Ziel gesetzt, in Verfahren gegen Intensiv- und Schwellentäter alle für eine angemessene Rechtsfolge relevanten Erkenntnisse zur Person und aus vorangegangenen Verfahren möglichst frühzeitig zusammenzustellen. Derartige Personenbände als Teil der Verfahrensakten werden auch in Hamburg und Berlin als wichtige Beiträge zur frühzeitigen Unterbindung von Gewalt- und Intensivtäterkarrieren angesehen.

Ziel ist hierbei nicht etwa die Erhöhung der Anklagequote, sondern die Verfahrensbeschleunigung, das frühzeitige Erkennen der Indikatoren für Gewaltkarrieren und sachgerechte sowie konsequente Entscheidungen schon im Diversionsverfahren.

Dietrich Klein Leitender Oberstaatsanwalt "Gewaltkarrieren" junger Menschen in Bremen und Bremerhaven

#### Situationsbericht zur Jugenddelinquenz aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe Bremerhaven

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen Bremerhaven begrüßt das ressortübergreifende Handlungskonzept. Aus Jugendhilfesicht sind aber einige Anmerkungen zum Inhalt, wie auch hinsichtlich der Zusammenarbeit/Kooperation und der Kostenaspekte nötig.

#### 1. Jugendhilfeperspektive

Das Handlungskonzept stellt in weiten Teilen auf die Stadtgemeinde Bremen ab. Täter- und Strukturmerkmale bilden sich in Bremerhaven in vielen Bereichen deutlich anders ab.

1.1. Die gewählte "Sprache" macht die Federführung durch den Senator für Inneres deutlich. Die durchgängige Terminologie "Schwellenund Intensivtäter", "Resozialisierung" durch Jugendhilfe (S 6 Abs. 2), "Interventionsteams" usw. entspricht nicht den Inhalten und Aufgaben der Jugendhilfe (auch nicht im Strafverfahren). Der § 1 SGB VIII macht deutlich, dass das Recht aus Abs. 1 ¹ zu verwirklichen ist, in dem die Jugendhilfe junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern soll, dazu beiträgt, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen . Dazu werden die Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützt. Stigmatisierung und Kriminalisierung können, wenn Jugendhilfe als Instrument benutzt wird, das "kriminelle Karrieren" verhindern soll und zur Sanktionierung eingesetzt wird, die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Betroffenen und ihren Familie zerstören. Die

<sup>1</sup> SGB VIII § 1 (1): "Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit"

Aufgaben von Polizei und Jugendhilfe sind hier mit Recht (Gewaltenteilung) scharf zu trennen.

- **1.2.** Die Kriminalitätsbelastung in Bremerhaven für den Jugendbereich ist rückläufig, ebenso ist dieses für den Bereich der Gewaltdelikte wie auch der Inhaftierungen (als Indikator für schwerwiegende Verfehlungen) zu konstatieren. Dieses heißt nicht, dass nicht auf die Taten der jungen Menschen, die auch in strafrechtlicher Hinsicht häufiger in Erscheinung treten, reagiert werden muss und das es sinnvoll ist, hier verstärkt tätig zu werden. Es muss aber auch festgestellt werden, dass in Bremerhaven von 65 "Intensivtätern" (Bremen 270) lediglich 28 (Bremen 160) unter 21 Jahren sind und hiervon lediglich 4 (Bremen 108) einen Migrationshintergrund haben <sup>3</sup>. Auch die für Bremen angeführten zunehmenden Gewaltdelikte aus Gruppen heraus, lassen sich für Bremerhaven auch durch die Polizei nicht feststellen.
- **1.3.** In dem Konzept wird mehrmals deutlich gemacht, dass nachträglich sehr früh Auffälligkeiten festzustellen sind; dass diese neben den individuellen auch familiäre und gesellschaftliche Ursachen haben und diesen eben auch sehr früh begegnet werden müsste. Diesen Auftrag hat die Jugendhilfe und nimmt ihn auch an.

Werden jugendliche und heranwachsende junge Menschen in den Fokus genommen, die **auch** durch delinquentes Verhalten auffallen, sind von der Jugendhilfe ebenfalls helfende, unterstützende und chancenverbessernde Interventionen gefordert, die dann auch der Justiz als Entscheidungshilfe gem. unserem Auftrag aus dem § 52 SGB VIII vermittelt werden. Dieses ist aber nicht mit den Aufgaben der Polizei und Staatsanwaltschaft zu verquicken. Eine "Täterakte" wie sie die Staatsanwaltschaft erstellen soll <sup>4</sup>, kann und darf nicht gestützt auf Jugendhilfetätigkeiten werden; die als Hilfe für den jungen Menschen

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Jugendhilfe im Strafverfahren, Bericht 2007 des Amtes für Jugend, Familie und Frauen Bremerhaven

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> ebenda Seite 4

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> siehe dazu: Handlungskonzept Stopp der Jugendgewalt v. 25.1.2008, Seite 15

gedachten Maßnahmen würden so u.U. als "Werkzeug" seiner Stigmatisierung herangezogen.

So könnten Heimaufenthalte und andere Hilfen zur Erziehung (die unter Umständen der "Rettung" eines jungen Menschen aus einer unerträglichen Situation dienten) einfließen in von der Polizei und Staatsanwaltschaft zukünftig zu erstellende (Negativ-) Prognosen und Belastungsindikatoren<sup>5</sup>, ohne dass die Erziehungsberechtigten oder die jungen Menschen hierüber Kenntnis erlangen. Das diese zu einem definierten Anlass ihre Daten offenbart haben und diese zu diesem Zwecke auch nur genutzt werden dürfen, sollte erwähnt werden. Welche zusätzliche berufliche Qualifizierung hinsichtlich der Erstellung von Belastungsindikatoren und Sozialprognosen bei der Staatsanwaltschaft und Polizei ansteht, interessiert auch.

#### 2. Kooperationen

Zwischen dem Schulbereich und der Jugendhilfe wie auch auf der Ebene Polizei – Justiz – Soziale Dienste der Justiz – Jugendstrafvollzug und Jugendhilfe existieren verbindliche Kooperationen, die sich bewährt haben und im dialogischen Prozess weiterzuentwickeln sind. Einziges Manko ist die fehlende personelle Kontinuität bei Jugendrichtern/-staatsanwälten, die grundlegend für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist. Dieses geht über die Festlegung von Ansprechpartner hinaus.

Bezogen auf die "Fallkonferenzen zur ganzheitlichen Intervention" weisen wir daraufhin, dass der § 36 SGB VIII vorgibt, dass, wenn die Hilfe voraussichtlich über längere Zeit zu leisten ist, mehrere Fachkräfte zusammenwirken und, wenn andere Personen, Dienste oder Einrichtungen bei der **Durchführung** der Hilfe tätig werden, diese an der **Hilfeplanung** zu beteiligen sind. Unter Beteiligung von Polizei "das gesamte familiäre und soziale Umfeld" einzubeziehen um "wirkungsvolle Interventionen" (Sanktionen) einzuleiten und dies auch gegen Kinder, ist für die Jugendhilfe keine Option.

<sup>5</sup> ebenda Seite 14 und 15

#### 3. Kostenaspekte

Das Handlungskonzept gibt viele Anregungen speziell für den Bereich der Primär- und Sekundärprävention (vorschulische Versorgung, frühkindliche Förderung, Eltern-Kind-Programme, Kinderarmut usw., auch und vor allem für "bildungsferne" Bevölkerungsgruppen und solchen mit Migrationshintergrund), die unsere volle Unterstützung haben. Die dadurch entstehenden Kosten sind aber nicht bezifferbar; es kann nur davon ausgegangen werden, dass mit zusätzlichen Mitteln auch zusätzliche Projekte gestartet werden können, die dann auch Nutzen bringen werden (Wirkungsüberprüfung).

Horst Alester Amt für Jugend, Familie und Frauen, Bremerhaven "Gewaltkarrieren" junger Menschen in Bremen und Bremerhaven"

## Situationsbericht aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe der Stadtgemeinde Bremen

#### Immer mehr, immer jünger, immer schlimmer?

"Immer mehr, immer jünger, immer schlimmer" – auf diese Formel bringt das Gutachten "Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden" zum 12. Deutschen Präventionstag 2007 nicht etwa die tatsächliche Entwicklung, sondern die medial vermittelte Wahrnehmung derselben. Die empirischen Befunde, die auch Prof. Dr. Wetzels heute vorgestellt hat, zeigen, wie wenig realitätskongruent diese Darstellung ist. Sie wirkt sich allerdings massiv auf Sicherheits- und Strafbedürfnisse in der Bevölkerung und damit auch auf die Strategien und Politiken gegen Jugenddelinquenz und Jugendgewalt aus. Beides hat wiederum Rückwirkungen auf Anzeigebereitschaft, Kontrolldichte sowie Sanktionsschwellen und somit auf die tatsächlich registrierten Auffälligkeiten und Straftaten, aus denen dann auf ihre Zunahme in der Kriminalitätswirklichkeit geschlossen wird.

Ursachen und Wirkungen in diesem Verstärkerkreislauf sind längst nicht so eindeutig geklärt, dass wir das Recht hätten, die heutige Jugendgeneration im Sinne der alten Weisheit in der Einladung zu dieser Tagung als schlimmste aller Zeiten zu bezeichnen; gar zu befürchten, dass es mit ihr trotz aller Präventionsbemühungen immer noch schlimmer wird und daraus zu folgern, dass nur noch Repression und Sanktion erfolgversprechend wären. Es findet weder quantitativ noch qualitativ ein dramatischer Trend unserer Jugend hin zu Normlosigkeit und ungezügelter Gewalttätigkeit statt, *obwohl* die Desintegrationsrisiken in unserer individualisierten und durch große soziale Disparitäten gekennzeichneten Gesellschaft eher stärker denn schwächer werden.

Es spricht vieles dafür, dass dies nicht zuletzt auf die erheblich gesteigerten Bemühungen um Kriminalprävention bei jungen Menschen zurückzuführen ist – zu diesem Schluss kommt jedenfalls der letze Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung (Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium der Justiz 2006) ebenso wie die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene und im vergangenen Jahr veröffentlichte Untersuchung zur Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter des Deutschen Jugendinstitutes (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007).

Je nach Betrachtungsweise lässt sich aus den tatsächlich belegten Fakten also sowohl der Schluss ziehen, dass es - angesichts der Zunahme von Risikokonstellationen - dank des Ausbaus präventiver und erzieherischer Maßnahmen nicht zu einem signifikanten Anstieg von Jugendkriminalität und Gewalt gekommen ist, als auch der, dass diese letztlich nur begrenzt erfolgreich sind, weil nach wie vor die Einschätzung besteht, dass zu viele junge Menschen in dieser Hinsicht (zu sehr) auffällig werden.

Wie auch immer die Bewertung ausfallen mag: Alle, die (professionell) mit dieser Thematik befasst sind, müssen zur Kenntnis nehmen, dass die statistisch höhere Kriminalitätsbelastung junger Menschen auch und gerade im Bereich der Gewaltdelikte historische und universelle Gültigkeit hat. Stoppen im Sinne von vollständig verhindern lässt sich Jugendgewalt – selbst mit vereinten Kräften - daher wohl nie: Kinder und Jugendliche müssen die Grenzen zwischen gesellschaftlich anerkannter legitimer (womöglich selbst erlebter) und illegitimer Gewalt erst lernen (können) und zuweilen auch erfahren. Im Gewalthandeln erwehren sich Kinder und Jugendliche ihrer Haut, testen Grenzen aus, beweisen sich und anderen etwas oder suchen den besonderen Kick. Zur Debatte steht deshalb nicht, ob es überhaupt Gewalt im Kindes- und Jugendalter

geben darf, sondern ob damit alters- und situationsangemessen offensiv umgegangen wird.

#### **Gewalt als Lernchance?**

Die Autoren der bereits zitierten DJI-Untersuchung fassen ihre Ergebnisse unter dem Titel "Gewalt als Lernchance" (vgl. Lüders / Holthusen 2007) zusammen und machen deutlich, dass Gewalt als (auch aus Sicht der meisten jugendlichen "Täter") unangemessenes und unakzeptables Verhalten Anlässe für pädagogische Interventionen bietet. Sie verweisen gleichzeitig darauf, dass dieser erzieherische Blick auf Gewalthandeln polizeiliche und rechtstaatliche Reaktionen auf schwere Delikte nicht ersetzen kann, denn diese schaffen Rechtssicherheit und einen Rahmen, innerhalb dessen pädagogische Strategien wirksam werden (können). Gewalt als Lernchance zu begreifen, impliziert also nicht, sie zu akzeptieren oder zu verharmlosen, schon gar nicht bei jungen Täterinnen und Tätern, die mit einer Häufigkeit und Intensität auffallen, die sich ohne Intervention nicht "auswächst". Dass schwerwiegendere und relativ dauerhafte Auffälligkeit zumeist in Verbindung mit einer Kumulation von Risiken und Problemlagen auftritt, die die Entwicklungschancen dieses "harten Kerns" erheblich einschränkt, lässt allerdings auf Versäumnisse schließen, denn kriminelle Entwicklungen junger Menschen in belasteten Lebenssituationen ergeben sich nicht zwangsläufig, sind weder unausweichlich noch unumkehrbar (vgl. Steffen 2007, S. 204ff).

Es lohnt sich also, den Blick auf Resilienz fördernde Faktoren zu richten. Jugendgewalt - zumal in quasi rituell verselbstständigter Ausprägung - ist ein Phänomen, dessen Ursachen und Entstehungsbedingungen äußerst vielschichtig sind. Entsprechend gibt es nicht ausreichend gesicherte Erkenntnisse darüber, welche Angebote und Maßnahmen wie dazu beitragen sie zu reduzieren. Aber wir sind auf einem guten Weg: Die Zwischenbilanz des DJI zu Strategien und Entwicklungslinien der

Gewaltprävention attestiert bemerkenswerte Fortschritte im Problemverständnis sowie in der darauf bezogenen Fachpraxis und hebt die Ausdifferenzierung und feste Verankerung von Gewaltprävention in vielen Handlungsfeldern hervor. Gleichzeitig verweist sie auf das Risiko einer Entgrenzung des Gewalt- und Präventionsbegriffs bis hin zur Beliebigkeit sowie auf die Gefahr einer Stigmatisierung (v.a. einzelner Gruppen) von jungen Menschen (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007).

Beim überwiegenden Teil der bisher entwickelten Handlungsansätze zur Gewaltprävention handelt es sich jedenfalls um pädagogische Strategien und diese Ausrichtung wird "mit der weithin geteilten Überzeugung verbunden, dass Gewalt im Kindes- und Jugendalter vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden kann" (ebd. S. 281f). Bemerkenswerterweise stellen die Autor/-innen weiter fest: "Zwar wurden in den letzen Jahren gleichzeitig repressive, kontrollierende und schützende Maßnahmen vorgehalten, zum Teil weiterentwickelt und angepasst und in notwendigen Fällen auch eingesetzt. Generell jedoch schwand das Vertrauen, in dieser Altersphase Gewalt mit Hilfe vor allem strafender Maßnahmen nachhaltig eindämmen zu können – zumal in einigen Fällen die nicht-intendierten und problematischen Nebenfolgen, die z.B. häufig mit Jugendstrafen einhergehen nicht übersehen werden konnten." (ebd. S. 282).

# Gelingensbedingungen für Gewaltprävention (nicht nur in Bremen)

Eine positive Entwicklungslinie der Präventionspraxis ist die zunehmend milieuspezifische und sozialraumorientierte Ausrichtung der Präventionsstrategien, die eben nicht nur auf Verhaltensänderung bei Personen setzt, sondern Einfluss auf Umgebungen nehmen will, die Gewalt begünstigen oder reduzieren. Als Erfolgsfaktoren identifiziert werden außerdem die Erkenntnis, dass Gewaltprävention eine gesamtgesell-

schaftliche Aufgabe und Kooperation daher eine zentrale Voraussetzung für gelingende Gewaltprävention darstellt - mit der Folge, dass eingefahrene Abgrenzungen und Abneigungen zwischen Organisationen und Institutionen (z.B. Kinder- und Jugendhilfe, Polizei, Schule) abgebaut werden. Zentrale Herausforderungen sieht die Bestandsaufnahme vor allem in der Weiterentwicklung, Absicherung und Verbreitung vorhandener Ansätze, nicht in der Neuentwicklung von Konzepten oder einem Paradigmenwechsel. Gleichzeitig verweist sie auf die Notwendigkeit einer Flankierung durch nicht von der Fachpraxis allein zu bewältigende Maßnahmen wie Ressourcen für Kooperation, reale Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen durch nachhaltig wirksame Sozial- und Bildungspolitik sowie eine gezielte Aufwertung und Unterstützung der nicht gewalttätigen jungen Menschen (anstelle der Orientierung an spektakulären Gewalttaten) sowie einer Fokussierung auf die vor allem jungen Opfer des Gewalthandelns junger Menschen (vgl. ebd. S. 315 ff).

Während die öffentliche Aufmerksamkeit von denjenigen Problemen dominiert wird, die Jugendliche der Gesellschaft machen, ist die Präventionspraxis also längst auch bei dem angekommen, was unsere Gesellschaft ihnen zumutet. Die im Handlungskonzept "Stopp der Jugendgewalt" skizzierten Probleme lassen sich damit ebenso wenig kleinreden wie die Bremischen Ansätze zur Prävention schlicht schön. Auch hierzulande ist jedoch in den vergangenen Jahren kein dramarischer Anstieg der registrierten Gewaltdelikte mit Tatverdacht gegenüber Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu verzeichnen, weder absolut noch im Verhältnis zur entsprechenden Gesamtaltersgruppe. Die Zahl der angeklagten jungen Menschen war zuletzt gleichermaßen wie die der Verurteilungen rückläufig. Dem gegenüber steigt die Anzahl der Personen in ambulanten Maßnahmen der Jugendhilfe kontinuierlich an.

In der Prävention von und im Umgang mit Jugenddelinquenz steht der Jugendhilfe in Bremen ein breites Spektrum an (ohne Zweifel noch ausbaufähigen) Ansätzen zu Verfügung. Im Sinne der o.g. Gelingensbedingungen ist unser Vorgehen sozialräumlich angelegt, mit der Cliquenarbeit sind zielgruppen- und milieuspezifische Herangehensweisen vorhanden, die bundesweit Beachtung finden, und für die Jugendhilfe in Strafverfahren steht ein ausdifferenziertes Maßnahmeangebot zur Verfügung. Gleichzeitig wird mit dem qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertageseinrichtungen sowie mit dem Handlungskonzept "Kinderschutz und Prävention" das Ziel verfolgt, die Erziehungskompetenz von Familien in belastenden Lebenslagen zu unterstützen und bei entwicklungsgefährdenden Konstellationen frühzeitiger tätig zu werden.

Das Handlungskonzept "Stopp der Jugendgewalt" verweist auf diese Vielfalt bewährter Aktivitäten, zeigt aber auch Verbesserungspotentiale auf. Eine Herausforderung formuliert es im Ausbau und in der Qualifizierung von Kooperationsstrukturen - innerhalb der Jugendhilfe sowie zu den Partnern außerhalb. Der Jugendhilfe bundesweit attestiert die Bestandaufnahme des DJI diesbezüglich Fortschritte in den letzten beiden Jahrzehnten, stellt aber fest "Kooperation bleibt eine Herausforderung und setzt umfangreiches Wissen um die Handlungslogiken der Partner voraus. Sie muss personell und strukturell besser als bisher abgesichert werden. Dies gilt insbesondere in den »schwierigen« Fällen, wenn mehrere Institutionen beteiligt sind und immer wieder die Tendenz des Abschiebens von Verantwortung beobachtet werden kann" (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007, S. 165). Sie kommt in ihrer Bilanz nach fast zwei Jahrzehnten Gewaltprävention ebenfalls zu dem Schluss, dass der Ausbau von Angeboten der Jugendhilfe vor allem für gefährdete Zielgruppen nach wie vor hohe Priorität genießen muss (ebd. S. 163).

Damit sind Qualitätsstandards benannt, an denen sich die Praxis messen kann und die die Richtung für eine Weiterentwicklung aufzeigen. Gute Voraussetzungen, um trotz der hektischen Betriebsamkeit, die auf mediale Inszenierungen häufig folgt, mit Augenmaß vorzugehen. Und Aug in Aug mit der Erkenntnis, dass bisher noch jede Etablierung und Professionalisierung präventiver Strategien zu mehr Aufmerksamkeit und Sensibilität gegenüber (potentiell) gewalttätigem Verhalten von jungen Menschen geführt hat und dadurch auch zu einer Vorverlagerung dessen, was als sozial unerwünschtes und möglicherweise sogar strafrechtlich relevantes Verhalten eingestuft wird – mit der Folge einer Umwandlung von Dunkel- in Hellziffern, die immer auch als Erfolglosigkeit der Bemühungen oder als Verrohung der Jugend ausgelegt werden können.

Jede öffentliche Prävention bedeutet immer auch eine staatliche Intervention und Kontrolle und beinhaltet den Trend. letztere vor zu verlagern; keine noch so breit wie zielgenau angelegte Prävention wird Gewalthandeln im Kindes- und Jugendalter - sei es als jugendliches Risikoverhalten oder als sozial verursachte Bewältigungsstrategie - jemals vollständig verhindern. "Wagemut zeigen, Gefahren meistern, Risiken nicht scheuen gehören in unserer "Risikogesellschaft" zu den Entwicklungsaufgaben des Jugendalters. Chancen, so etwas legal zu erproben, sind für manchen Jugendlichen rar." (Lindner 2000, S. 24). Es spricht also vieles dafür, jugendliches Risikoverhalten nicht als symptom- oder prognoseträchtig zu betrachten und so die Probleme mit zu erzeugen, die bekämpft werden sollen. Im Kern geht es um die Frage, was Jugendliche tun, um ihre Grenzen zu testen, was Provokation ist und wo der Einstieg in den Abweg beginnt. Um dies zu erkennen, bedarf es pädagogischen Fingerspitzengefühls und eines von Vertrauen und Vertraulichkeit geprägten Zugangs zu den "Riskierenden".

# Sich Abgrenzen, um sich zu vernetzen?

Genau dies ist die Aufgabe der Jugendhilfe: Probleme aus der Nähe (er)kennen, Kontakte knüpfen, Ansprechpartner sein, Hilfen erschließen, Lobby sein. Für Gefahrenabwehr, Sanktion und Repression sind in unserem Rechtsstaat andere Instanzen zuständig und es ist weder Auftrag noch Anliegen der Jugendhilfe, Jugendliche vor ihnen zu schützen, wenn sie Dinge tun, die so etwas nach sich ziehen. In unserer Kompetenz liegen diejenigen Dispositionen und Faktoren, Ursachen und Folgen, die sozialpädagogischen Interventionen zugänglich sind, d.h. solche Fälle, in denen Hilfe statt Strafe angezeigt, angemessen und notwendig erscheint. Genauso wenig haben die Strafverfolgungsbehörden Kindern und Jugendlichen gegenüber einen Erziehungsauftrag oder den, zu Schaffung positiver Lebensbedingungen beizutragen, wie es § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) für die Jugendhilfe formuliert.

Zwar lässt sich der generalpräventive Grundgedanke schwer bestreiten, dass erfreuliche Bedingungen des Aufwachsens und gute Erziehung eher erfreuliche Kinder und Jugendliche hervorbringen, eine derartige Ausweitung des Präventionsgedankens führt aber nicht nur dazu, dass dieser nebulös wird. Er trägt auch zur Verwischung der im Rechtsstaat so wichtigen Trennung zwischen Hilfe und Unterstützung einerseits sowie Kontrolle und Sanktionierung andererseits bei. Dabei geht es nicht nur darum, dass im ursächlichen Zusammenhang mit problematischen Lebens- und (Des)integrationslagen stehende Kriminalitätsphänomene primär die sozialen Dienste fordern, die durch polizeiliche Strategien nicht ersetzt werden können.

Vielmehr gilt es, einem Vertrauens- und Legitimationsverlust der Instanzen vorzubeugen, die bei aller Gemeinsamkeit der Ziele radikal unterschiedliche Aufgaben haben: Das staatliche Gewaltmonopol lässt sich

durch Polizisten, die von Kindern und Jugendlichen wie Pädagogen wahrgenommen und dann auch so behandelt werden, ebenso wenig darstellen und verteidigen, wie sich die für die Jugendhilfe grundlegende und auf Freiwilligkeit basierende Koproduktion der Adressaten einstellt, wenn die Betroffenen befürchten müssen, ihr Helfen diene lediglich der Vorbereitung des Strafens oder lasse sich geschickt zu dessen Vermeidung nutzen (vgl. hierzu auch Müller 2000, DVJJ 2007). Daraus folgt nicht mehr aber auch nicht weniger, als dass wir unseren jeweiligen rechtlichen und fachlichen Auftrag ordentlich abgrenzen und respektieren müssen, um uns zielgerichtet zu vernetzen und Schnittstellen synergetisch zu organisieren.

# Jugendhilfe zwischen Prävention und Intervention

Die Orientierung am Präventionsgedanken führt zu einer Verlagerung zwischen den Handlungsfeldern und bringt insbesondere für die Kinderund Jugendhilfe zusätzliche Aufgaben mit sich. Der allgemeine Konsens, stärker präventiv wirksam zu werden, stellt die Kinder- und Jugendhilfe vor hohe Erwartungen hinsichtlich ihrer kriminal- bzw. gewaltpräventiven Funktion und Aufgabe. Das wirft nicht nur die Frage von Reichweite, Ressourcen und (Gestaltungs-)Kompetenzen auf, sondern auch die der Haltungen und des Auftrages: Das Kinder- und Jugendhilfegesetz gibt uns nicht auf, Adressat/-innen als potentielle Täter/-innen zu sehen, diese zu ermitteln oder sie zu strafen - es stellt uns die Aufgabe der Hilfe und Unterstützung, wo diese angemessen und notwendig sowie (auch aus Sicht der Betroffenen bzw. ihrer Erziehungsberechtigten) sinnvoll ist, ansetzend an ihren Ressourcen, Interessen und lebensweltlichen Voraussetzungen.

Gegenüber diesem eher interventionistischen Auftrag hat die allgemeine Förderung im Sinne des Aufbaus von Resilienz in der Profession zwar historisch betrachtet zu jeder Zeit große Sympathien gefunden, selten jedoch vergleichbare Resonanz beim Ausbau; sie ist zudem rechtlich und finanziell auch nicht gleichermaßen abgesichert. Doch selbst vorbildlich ausgebaute und aufgestellte Kinder- und Jugendhilfe, die mit ihren Angeboten mittelbar immer auch das Ziel verfolgt, Auffälligkeiten wie Delinquenz vorzubeugen bzw. den damit verbundenen Desintegrationsrisiken entgegenzuwirken, kann im günstigsten Fall lediglich Beiträge zur primären Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter leisten: "So wichtig präventive Ansätze auch sind, so sehr muss auch vor den sich dahinter verbergenden Allmachtsphantasien gewarnt werden". (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2007, S. 317).

#### Monika Frank

Abteilungsleiterin Junge Menschen und Familie des AfSD Bremen

#### Literatur

Steffen, W. (2007): Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden. Gutachten zum 12. Deutschen Präventionstag am 18. und 19. Juni 2007 in Wiesbaden. Verfügbar unter http://www.praeventionstag.de/html/GetDokumentation.cms?XID=227

Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium der Justiz (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Verfügbar unter: <a href="http://www.bmj.bund.de/files/-/1485/2.%20Periodischer%20Sicherheitsbericht%20Langfassung.pdf">http://www.bmj.bund.de/files/-/1485/2.%20Periodischer%20Sicherheitsbericht%20Langfassung.pdf</a>

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.) (2007): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München. Verfügbar unter http://cgi.dji.de/bibs/ Band11 Gewaltpraevention.pdf

Lüders, C. / Holthusen, B. 2007: Gewalt als Lernchance. Manuskript. Verfügbar unter: <a href="http://www.dji.de/bibs/jugendkriminalitaet/Gewalt-als-Lernchance.pdf">http://www.dji.de/bibs/jugendkriminalitaet/Gewalt-als-Lernchance.pdf</a>

Lindner, W. (2000): Einleitung. In: Freund, Th. / Lindner, W. (Hrsg.) (2000): Prävention. Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit. Opladen

Müller, B.: (2001): Prävention – Verhindern und Befähigen. In: Niedersächsisches Landesjugendamt (Hrsg.) (2001): Forum Gesellschaft – Macht – Prävention. Hannover. Verfügbar über http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C1513662 L20.pdf

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (Hrsg.) (2007): Gemeinsam mit verteilten Rollen. Position zur Jugendkriminalitätsprävention. Hannover



# "Gewaltkarrieren"

junger Menschen in Bremen und Bremerhaven

Ressort und fachübergreifender

Fachtag am 09.04.2008



### Ausgangslage

- Schule ist ein weitgehend geschützter Raum
- nicht jede kleine Rangelei ist eine Gewalthandlung
- die Anzahl besonders schwieriger Fälle ist eher gering
- Ursachen für Gewalt liegen häufig außerhalb der Schule
- Gewalt in der Schule ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels außer- und innerschulischen Faktoren

Zentrum für schülerbezogene Beratung

2006

#### **Besondere Vorkommnisse**

119 Fälle seit 2006

		2007	74	
		2008	37	<b>→</b> 11
Nord	29		Primar	18
Mitte/West	27		Sek I	87
Süd	49		Sek II	12
Ost	14			



# Situationsbeschreibung

- Schule hat zunehmend mit Schülerinnen und Schülern zu tun, die sich nicht systemkonform verhalten
- Die Qualität/Intensität gewalttätiger Auseinandersetzungen im schulischen Raum hat sich verändert
- Es gibt eine zunehmende Anzahl individueller Krisen
- Die Kommunikation mit Erziehungsberechtigten, aber auch mit anderen Institutionen gestaltet sich schwierig
- Schule sucht Kooperation häufig erst dann, wenn Konflikte eskalieren und der Problemdruck sehr hoch wird
- Die Unterstützung durch das Helfersystem entspricht nicht dem notwendigen Bedarf und dauert zu lange

Zentrum für schülerbezogene Beratung



#### Besondere Vorkommnisse II

Körperverletzung	35
Bedrohung	30
Diebstahl	13
Sachbeschädigung	7
Brandstiftung	5
Schlägerei	5
Sexualdelikt	4
Soziale Krise	4
Suizid	4
Sonstige	12



#### Täter/innen

- > sind fast ausschließlich männlich
- ➤ haben etwa zur Hälfte einen Migrationshintergund

### Opfer / Geschädigte

- > sind sowohl männlich als auch weiblich
- > sind in etwa 20% Institutionen / Einrichtungen

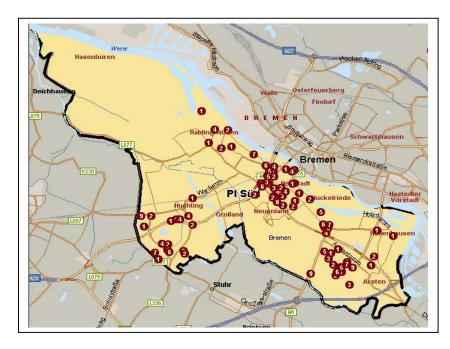


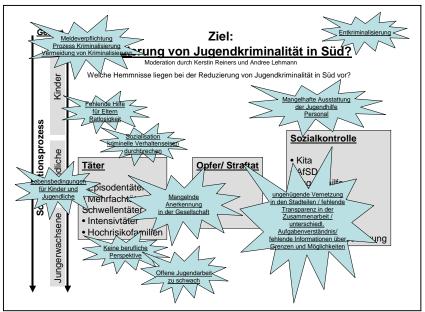
# Perspektiven

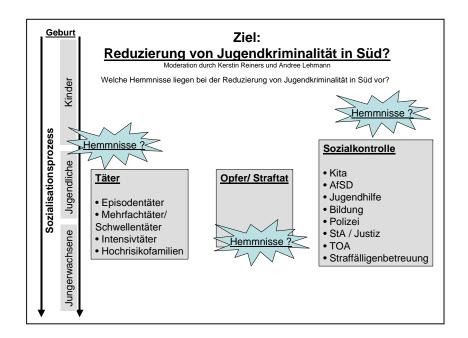
- Schule allein ist mit den in ihr auftretenden Problemkomplexe überfordert
- Präventive Maßnahmen sind eher zufällig und wenig abgestimmt
- Es gibt bereits eine Reihe von Kooperationsvereinbarungen aber:
- Es fehlt die Entwicklung von verbindlichen phänomen- und fallbezogenen Verfahren auf der Grundlage eines gemeinsamen Verständnisses
- Notwendig ist ein koordiniertes Handeln und gemeinsame Verantwortungsübernahme

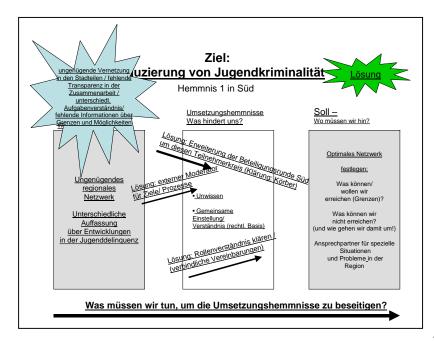
# Dokumentation der Ergebnisse der AG Bremen-Süd

# Moderator/innen: Kerstin Reiners (AfSD) und Andree Lehmann (Polizei Bremen)









# Dokumentation der Ergebnisse aus der AG Bremen-Mitte

Moderator/innen: Astrid Mangold (LIS), Wolfgang Bulling (AfSD)

# Ausgangssituation und Problembeschreibung Situation in der Region Mitte-West

#### Schnittstellen

- Berufsschule Steffensweg (Walle): seit sieben Jahren Kooperation Amt f
  ür Soziale Dienste, Polizei, Justiz mit w
  öchentlicher Sprechstunde,
- gute Kooperation ist personenabhängig
- Täter-Opfer-Ausgleich und Polizei

#### **Probleme**

- unterschiedliche Regionalisierung (Bildung / Polizei / Soziales)
- Zeitproblem in den einzelnen Bereichen
- fehlende personelle Ressourcen in allen Bereichen
- schlechte Ausstattung verhindert Kooperation
- fehlende Kenntnis von den anderen Bereichen / Personen
- es fehlt die Zusammenführung der einzelnen Standards und die Benennung der "gemeinsamen" Schwachstellen
- Festlegung von Verantwortlichen / Verantwortlichkeiten fehlt
- schleppende Informationen über Einzelfälle (Soziales-Bildung)
- jede Profession beschreibt den Klienten / die Person anders
- Argument Datenschutz als Hemmschuh: Rechtsgrundlagen müssen für alle Beteiligten klar und eindeutig sein
- Jugendliche spüren Folgen zu spät (hier hat Bildung und Soziales verschiedene Sichtweisen)
- Jugendliche fordern teilweise selbst Konsequenzen
- wir laufen den Problemen hinterher
- Vernetzung muss früher anfangen, Analyse muss stadtteilübergreifend erfolgen
- Familien bzw. Probleme müssen verfolgt werden
- Gröpelingen: Verslumungstendenzen durch soziale Entmischung
- in manchen Stadtteilen höher gefühlte Gewalt als real vorhanden, Stigmatisierung verhindern (Hochrisiko-Familien)

### Handlungsbedarf

- offener Umgang miteinander
- Sozialberichtserstattung erforderlich

- Austausch über das Denken der anderen Fachbereiche notwendig
- Informationsaustausch zwischen Professionen muss klarer werden
- Rechtsgrundlagen m

  üssen allen klar sein
- Zusammenarbeit systematisch verbessern
- Zusammenarbeit frühzeitig beginnen
- Transparenz schaffen / verschaffen
- Prävention / niedrigschwellige Arbeit notwendig
- alle müssen handeln

#### Problemanalyse / Schwachstellen der Kooperation

siehe 2.1

# Arbeitsergebnisse, Lösungsansätze und Nutzen / Erste Schritte / Handlungsvereinbarungen

siehe 3.

#### Schlussfolgerung und Kernaussage

- Der kleinste gemeinsame Nenner muss gefunden werden und die Basis für eine Kooperation darstellen.
- Einrichtung eines *gemeinsamen* Gremiums (Präventionsrat ?)
- Die Umsetzungsmöglichkeiten des Konzeptes müssen gemeinsam erarbeitet werden.
- Klärung: was ist unser gemeinsames Ziel bezogen auf die Kinder und Jugendlichen?
  - o Wie kann dieses Ziel umgesetzt werden?
- Schulen, Polizei (KOB) und andere Kooperationspartner entwickeln bereits kleinräumig eine konkrete Zusammenarbeit.
  - Wie k\u00f6nnen diese vorhandenen Strukturen (z. B. Schups) genutzt werden?
- Zu einem Nachfolgetreffen sollen Ansprechpartner für "Gewalt an Schulen" eingeladen werden.

#### Eindrücke der Moderatoren

Konstruktive Diskussion, aktive Teilnahme, Mitarbeiter/innen von Bildung und Soziales waren in der Mehrheit.

# Dokumentation der Ergebnisse aus der AG Bremen-Ost

Moderator/innen: Ulli Hütter (LIS), Joachim Kuhlmann (AfSD)

# Ausgangssituation und Problembeschreibung

Eingangsstatements / Interessen der Teilnehmerinnen

- Schnittstellen der Kooperation regeln
- o Absprachen und Regeln einhalten
- Schulvermeidung / Delinquenz, wo sind die Schnittstellen für die Zusammenarbeit
- o Frühe ressortübergreifende Prävention
- Zusammenarbeit scheitert an Datenschutz
- o Personalausstattung (BV), kann so nicht umgesetzt werden
- o Vernetzung ausbauen besserer Informationsfluss
- Wie gewinne ich die Jugendlichen für das Handlungskonzept und beziehe sie ein
- o Prävention unter Beteiligung der Kindertageseinrichtungen
- Einzelfallbezogen: Multiprofessionelle Konferenzen, die Lösungen für Einzelne entwickeln
- Kooperation: Datenschutz, dürfen / sollen Informationen weitergegeben werden
- Kooperation schnellere Vernetzung
- Verbindliche Kooperation vorhandene Ansätze sind bisher nicht zusammengeführt
- Ressourcen und Geld, zusätzliche Ansprüche können nicht erfüllt werden / unterschiedliche Auffassungen /
- o Grenzen und Möglichkeiten der Vernetzung
- Wunsch nach Vorinformation über neue straffällige Jugendliche, die an die Schule kommen
- o Ressourcen und Zeit
- Kooperation im persönlichen Kontakt entwickeln, vernünftige Vernetzung muss entwickelt werden
- Unterschiedlichkeit der Konzepte und Aufgaben in der Kooperation bewahren

- Ein Lob für das Zentrum für schülerbezogenen Beratung, das schnell übergreifend im Einzelfall gehandelt hat
- o Bestätigt durch die Referate der Fachtagung

# Handlungsbedarf

- Personalausstattung ist ein wichtiges Thema
- Prävention
- Kooperation im Einzelfall und in der Umsetzung der Konzepte

# Konkrete Fragen / Probleme:

- Straftaten im Umfeld einer Jugendhilfeeinrichtung, kann Polizei eine aktuelle Bewohnerliste bekommen > Datenschutz, kann man etwas mal anders lösen (Zusammenarbeit über Kops / Jugendeinsatzdienst im Einzelfall)
- Schwierigkeiten, in der Kooperation alle an einen Tisch zu bekommen (Schule, JA/AfSD)
- o Informationen an die Schule bei Intensivtätern
- Umgang mit harten Fällen von Schulmeidern (Fälle, in denen auch Bußgelder usw. nichts bewirken)
- Austausch über die Möglichkeiten und Ansätze, kriminelle Karrieren zu beenden
- Klärung von Konkurrenzen
- Reden auch über Fälle, in denen für den Kooperationspartner nichts mehr geht.
- Ist Vertrauensschutz wichtig für Prävention? (Vertrauenslehrer...)

# **Problemanalyse**

• Es wird viel gemacht, aber zu viel nebeneinander.

- Spezielle Fragen des Datenschutzes (z.B. Schülerakte A/B, Weitergabe von Infos in einer Institution)
- In der Analyse hat sich ergeben, dass der einzelne Schulmeider/Jugendliche häufig in einer problematischen Gruppe ist. Wer / wo kann gehandelt werden (über die Kontaktpolizisten hinaus)?
- Müssen zum Erreichen des Zieles ggf. Regeln geändert werden? (Datenschutz...)

# Arbeitsergebnisse, Lösungsansätze und Nutzen

- Vor dem Hintergrund der vorhandenen Ansätze sollte die weitere Arbeit auf regionaler Ebene vereinbart und entwickelt werden.
- In Folge der Runden Tische Kooperation Schule / Jugendarbeit stellt sich die Frage, wie die unterschiedlichen Aufträge und Ansätze der Kooperation zusammengefasst werden können (gemeinsame Zielrichtung).
- Als ein Element wird eine Übersicht über die Kooperationspartner gefordert.
- Brüche in der Zusammenarbeit müssen verhindert werden (Weitergabe bei Schulwechsel, Umzug), Beteiligung Jugendlicher / Einverständniserklärungen der Eltern.

# Schlussfolgerung und Kernaussagen

Konzepte und Zusammenarbeit müssen personell hinterlegt sein. Prävention muss bereits in den Vorschuleinrichtungen und den Grundschulen entwickelt werden.

Informationen über die Aufgaben, Rechtsgrundlagen etc. der Kooperationspartner und die Klärung der Kompetenzen und Möglichkeiten müssen zugänglich gemacht und ausgetauscht werden. Jugendliche / Heranwachsende sollen einbezogen und beteiligt werden. (Wer noch? Eltern, ...)

Zusammenarbeit verabreden

- Sollte ein Präventionsrat auf der Ebene (Stadtteile, Region, ...) gebildet werden (Beteiligung Ortsamt / Beiräte, ...)
- Zusammenfassung der Kooperationsansätze?!
- Vernetzung für Jugendliche und mit Jugendlichen
- Klären, wer handeln muss /Schnittstellen(aufgaben) definieren
- Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation im Einzelfall

# Der Osten ist groß, welche regionalen Zuschnitte?

Versuchen, für den gesamten Bremer Osten einen Startpunkt für eine Art Präventionsrat zu setzen!

Den Auftrag der Klärung übernehmen: Petra Putzer (AfSD), Herr Uhlhorn (Polizei), Herr Yazici (TOA), Frau Brüning (Bildung), Herr Ilgner. Die Liste der Teilnehmer/innen der AG soll zur Verfügung gestellt werden und die Teilnehmer/innen über die Termine in der Region informiert werden.

#### Motto:

### OST MACHT SICH AUF DEN WEG, NUR GEMEINSAM KANN ES GELINGEN

#### Eindrücke der Moderatoren

Viele Aspekte konnten nur angerissen werden und müssen vertieft werden. Engagement und Frust waren deutlich erkennbar, u.a. die Sorge allein gelassen zu bleiben, keine ausreichende Handhabe zu haben. Viele Informationen über die Aufträge, Ansätze, Arbeitsweisen aber auch Belastungen und Grenzen der "Anderen" sollten ausgetauscht werden. (J. Kuhlmann)

# Anhänge

# Dokumentation der Ergebnisse aus der AG Bremen-Nord

Moderator/innen: Martina Siemer (Sen. für Bildung und Wissenschaft), Uwe Old (Polizei Bremen)

# **Ausgangssituation und Problembeschreibung**

Für die Ausgangssituation wurden, mit einer Kartenabfrage, folgende Schwerpunkte ermittelt.

- Die SHISHA-Lounge: Das polizeilich bekannte Lokal fällt immer wieder durch Schlägereien auf.
- Einbruchdiebstähle: Hier wurden besonders die Bereiche Lüssum und Bockhorn herausgehoben.
- Gang-Bildung: Auch an den Schulen bilden sich vermehrt gewalttätige Jugendgruppen. Eine dieser Gruppen ist auch im Internet vertreten und nennt sich LL7. Bedingt durch diese "Gang-Bildungen" kommt es auch immer wieder zu Streitigkeiten zwischen den einzelnen Jugendgruppen.
- Einige Wohnquartiere entwickeln sich zu Ghettos, in denen die verschiedenen Migrantengruppen sich eher selbst ausgrenzen, als eine Integration zu suchen.
- Als weitere Brennpunkte wurden genannt: Lüssum und hier besonders die Straße Lüssumer Heide und Hünertshagen.
- Bremen Nord ist geprägt durch einen hohen Anteil an Migranten/innen.

# **Problemanalyse Hinweis**

Als Probleme wurden folgende Bereiche erkannt.

- Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Trägern und Behörden
- Eine fehlende Ausbildungsperspektive und damit einhergehend Zukunftsängste bei Jugendlichen.
- Fehlende Jugendtreffpunkte.
- Klare Zuständigkeiten und Ansprechpartner bei der Polizei in HB-Nord sind teils unbekannt.

- Durch die Ghettoisierung wird eine soziale und sprachliche Kompetenz verhindert.
- Es fehlt an ausreichenden Möglichkeiten zur Förderung bereits im Vorschulalter und in der Grundschule.
- Das Berufsorientierungskonzept bedarf der Förderung durch den SfB.

#### **Positive Erkenntnisse**

Die Zusammenarbeit zwischen der StA, der Jugendgerichtshilfe, dem AG sowie der Brigg wurde allgemein gelobt.

Weiterhin sind der Stand der derzeitigen Vernetzung und der vorhandene Präventionsrat ein tragendes Gerüst für die Erkennung von Brennpunkten und Erarbeitung von Konzepten.

Die Kooperationen zwischen den einzelnen Partnern auf dem Gebiet der Prävention läuft reibungslos.

# Handlungsbedarf

Siehe Problembeschreibung

# Arbeitsergebnisse, Lösungsansätze und Nutzen

Als besonders herausragender Aktionspunkt für die Zukunft müssten die Lebensbedingungen für Jugendliche verbessert werden.

Weiterhin müssen die Schulen sich dem Problemfeld öffnen.

Erkannte Probleme müssen angesprochen werden und durch gegenseitige Information sollten Lösungskonzepte zügig entwickelt werden. Der Ghettoisierung könnte durch eine mit allen Trägern abgestimmte Städte- bzw. Stadtteilplanung entgegengewirkt werden. Dies würde die Bemühungen zur Integration unterstützen.

Auch Jugendliche benötigen Respekt, eine globale Zurückweisung fördert nur den Widerstand.

Erkannte Probleme, müssen sofort mit allen Beteiligten angegangen werden, um eine Eskalation schon in den Anfängen zu ersticken.

# Schlussfolgerung und Kernaussage

Um eine Verbesserung auch auf Dauer zu etablieren müssen solche Veranstaltungen ein fester Bestandteil der Arbeit in der Gemeinschaft werden. Dabei müssen klare Aufgabenverteilungen, unter Maßgabe der bestehenden Gesetze, klar definiert werden

#### Eindrücke der Moderatoren

Notwendigkeit des Ressortübergreifenden Austauschs wurde deutlich. Die Stimmung in der Gruppe war von gegenseitigem Respekt und dem Versuch, eine gemeinsame Lösung zu finden, geprägt.

# Anhänge

z.B. Fotos von Arbeitsergebnissen, Power Point etc.

# Dokumentation der Ergebnisse aus der AG Bremerhaven

Moderator/innen: Heidrun Kampe (LIS), Jörg Seedorf (Polizeibehörde Bremerhaven)

### Was läuft gut?

Schwerpunktbildung, "Der kurze Draht", Man kennt sich!

# Handlungsbedarf

Pflegestellen und qualifizierte Pflegestellen sind Mangelware.

Wie kann Integration gelingen? - Ist sie von den Betroffenen gewollt?

"Übergänge" – früh anfangen

Fallkonferenzen – Mit welchem Ziel?

Wie sollen sie ablaufen?

→ Wenn überhaupt, dann ist Konzept notwendig.

# Vernetzung

- braucht Zeit
- braucht Kenntnis über die handelnden Personen
- → übergreifende, bindende Verabredungen

Kontinuität der Ansprechpartner

Schule muss konsequenter handeln

Die Kooperation mit Gesundheit muss in das Handlungskonzept aufgenommen werden!

#### **Ohne Konsens**

- Programm gegen Schulvermeidung geht nicht weit genug.
- Es ist ein spezifisches Angebot für gewaltbereite Jugendliche notwendig.

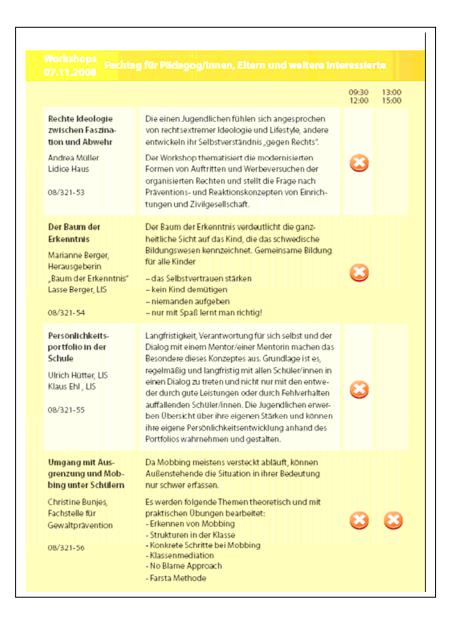
# Wie soll die Weiterarbeit gestaltet werden?

- AK Jugendstrafrechtspflege
- Folgefachtag in BHV für BHV

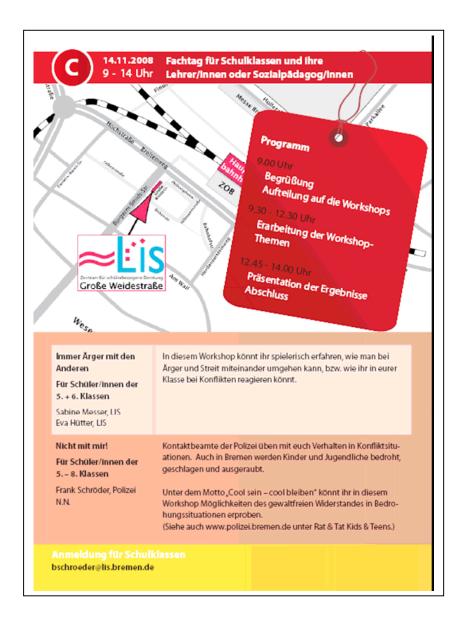














#### Wegen begrenzter Teilnehmerzahl zählt die Reihenfolge der Anmeldung

#### Cyberbullying Für Schüler/innen ab 7. Klasse

Markus Gerstmann, ServiceBureau Jugendinfo Regina Kühn, LIS

Schüler VZ, YouTube, Messenger & Co – das Internet bietet euch Plattformen zum Chatten, zum Informieren - und auch zum Mobben.

In diesem Workshop geht es um die Möglichkeiten und Risiken der Medien.

#### Aufmucken gegen rechts!

Für Schüler/Innen ab 8. Klasse

Ralf Beduhn, Studienrat und Leiter der AG gegen Rassismus und Neofaschismus an der KGS Leeste

In diesem Workshop wollen wir über unsere langjährigen Erfahrungen, die wir in der AG gegen Rassismus und Neofaschismus an der KGS Leeste gesammelt haben, berichten und konkrete Anregungen und Ideen unserer Arbeit vorstellen.

Schüler und Schülerinnen dieser Arbeitsgemeinschaft sowie diejenigen, die die jährlichen Festivals "aufMUCKEn gegen rechts" organisieren, werden anwesend sein!

Gern gesehen sind auch Lehrer/innen, die entsprechende Aktivitäten unterstützen möchten.

#### Rote Karte gegen Rechts

Für Schüler/innen ab 7. Klasse

Andrea Müller, Lidice Haus N.N.

und andere Jugendkulturen

Für Schüler/Innen ab 7. Klasse

Cornelius Peltz, Sen. f. Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Jugendliche beziehen - öffentlich - Stellung "gegen Rechts" und für ihre Sicht einer demokratischen Zukunft.

Im Mittelpunkt des Workshops stehen die Themenschwerpunkte, die für euch in EUREM Engagement wichtig sind - IHR entwickelt Ideen und Anforderungen, welche Unterstützung ihr im Rahmen von Schule von anderen Beteiligten benötigt.

Gangsta, Emo, Trash In dem Workshop sollen aktuelle und traditionelle Jugendkulturen vorgestellt und zugeordnet werden. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auf die dahinter liegenden Wertorientierungen gelegt.

#### Bitte folgende Angaben bei der Anmeldung mit angeben:

- Veranstaltungsnummer 08/321-61
- Schule, Klasse, Anzahl der Schüler/innen (Jungen/Mädchen)
- Name und Email der begleitenden Person

(D) Ab Nov. 2008	Vertiefende Einzelveranstaltungen Nähere Information unter www.lls.bremen.de oder www.brueckenbauen-bremen.de
Sa., 15.11.08 10.00 – 17.00	Interkulturelle Aspekte der Gewaltprävention Songül Orucoglu, Sozialpädagogin Erkan Altun, Psychologe
Sa., 22.11.08 12.00 – 16.00	Elterliche Präsenz – Gewaltfreier Widerstand gegen Gewalt - Doris Drümmer, Sozialpädagogin, Supervisorin, Familientherapeutin
Die, 17.02.09 19.00 – 21.30	Machen oder haben Jungen Probleme?  – Jungen als Betroffene und Ausübende von Gewalt, Mobbing und Ausgrenzung in der Schule - Christine Bunjes, Fachstelle für Gewaltprävention Rolf Tiemann, Bremer Jungen Büro
Do., 26.02.09 19.00 – 21.30	Hau ab, du Schlampe! - Techniken der verbalen Deeskalation - Wolfgang Welp-Eggert , LIS
Mi., 18.03.09 19.00 – 21.30	An einem Strang ziehen - Eltern und Lehrer/innen bilden ein Team Eva Hütter, LIS Sabine Messer, LIS
Do., 19.03.09 19.00 – 21.30	Cyberbullying - Mobben mittels Medien - Markus Gerstmann, ServiceBureau Jugendinfo
Mi., 29.04.09 19.00 – 21.30	Anerkennung als Spiegel - Anerkennung bzw. Missachtung als elgene Erfahrung - Ulrike Becker, LIS Silvana Jonen, LIS
Mi., 13.05.09 19.00 – 21.30	Positionieren oder wegschauen? - Methoden und Strategien für mehr Handlungssicherheit - Wolfgang Welp-Eggert, LIS
VIELE	Vielfalt Sundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

# Teilnehmer/innen des Fachtages: "Gewaltkarrieren" junger Menschen in Bremen und Bremerhaven, 9. April 2008

Ahlers	Sandra	AfSD SZ 4	Eisenkolb	Luise	Tagesgruppe Strohhalm Bremerhaven
Ahlers	Detlef	S 76	Elfers	Jörg	Jugendhilfe und Soziale Arbeit GmbH
Aksoy	Norman	BP 223	Elfers	Sabine	Bildung
Alester	Horst	AfJFF Bremerhaven	Emig	Olaf	AfSD, SZ 03, JGH
Apiarius	Inge	AfJFF Bremerhaven	Fasse	Sabine	AfSD, SZ 05, JGH
Bahl	Elke	Verein Bremische Straffälligenbetreuung	Fasse	Dirk	KL-V
Baisch	Gerhard	Rechtsanwalt	Fasse	Sabine	Soziales
Bartels	Stefan	Gericht Bremerhaven	Fein	Rosi	KiTa Bremen
Barthel, Dr.	Christian		Frank	Monika	AfSD
Bendig	Hartmut	AfSD SZ 2 JGH	Friedrichs	Klaus	AfJFF Bremerhaven
Benthe-Dittmann	Britta	AfJFF Bremerhaven	Froböse	Claudia	Bildung
Berger	Lasse	Landesinstitut für Schule	Fuchs	Armin	AfSD, SZ 01, JGH
Block	Stephan	Bildung	Glenewinkel	Johanna	Bildung
Böckmann	Heinz	S 66	Gores	Marita	Bildung
Bock-Mathiaszyk	Klaus	AfSD	Goritzka	Uli	PA
Bohne	Angela	Bildung	Grahl	Thomas	Bildung
Bosecker	Erika	Bildung	Grandke	William	Polizei Bremerhaven
Braun	Detlef	Unfallkasse	Grziwa	Joachim	StA
Bredehöft	Herbert	Bildung	Gunnemann	Knut	Bildung
Brodda	Renate	AfSD SZ 2 JGH	Haase	Günter	Bildung
Brüning	Bärbel	Bildung	Haase-Pamuk	Siri	AfSD
Bulling	Wolfgang	AfSD	Hackmann	Wolfgang	AfJFF Bremerhaven
Bürgel	Claudia	S 96	Hallensleben	Claudia	S-7
Busch	Karin	AfSD, SZ 06, JGH	Hamann	Kevin	SfluS
Christoffers	Warnke	S 9	Harms	Frauke	Landgericht Bremen
Constien	Oliver	StA Bremerhaven	Hartmann	Nadine	StA
de Vries	Miriam	Soziale Dienste der Justiz	Hartmann, Dr.	Andrea	StA
Detjen	Rainer	Polizei	Hasselmann	Margrit	Landesinstitut für Schule
Dohrmann	Carsten	Bildung	Heetfeld	Annemarie	StA
Drechsler	Doris	AfSD	Hegeler	Peter	Landesinstitut für Schule
Eberhardt	Heinz	Bildung	Hellbach	Barbara	Sen.f.AFGJS

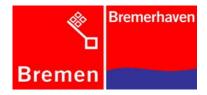
Hilbers	André	TOA	Mangold	Astrid	Landesinstitut für Schule
Hoffmann	Uwe	SfluS	Mann	Andrea	Zentrum für Schule und Beruf
Hoffmann, Dr.	Rainer	HfÖV	Martini	Gerhard	Bildung
Horstmann	Sven	K-02	Maruhn	Thomas	K14
Hütter	Uli	Bildung	Matt, Dr.	Eduard	Justiz
Imamoglu	Zehra	Gericht	Mc Callum	Annette	Bildung
Janetzke	John H.	Bildung	Meier	Jens	ABS 351
Jendrich	Petra	Bildung	Meyer	Katy	Gericht
Jesuiter	Torsten	TOA	Meyer-Bluhm	Uwe	Polizei Bremerhaven
Kampe	Heidrun	Landesinstitut für Schule	Meyer-Schönfeld	Irmtraut	AfJFF Bremerhaven
Kaper	Frank	K-1	Meyer-Wiedemann	Hubert	AfSD
Kehrer	Heiko	AfJFF Bremerhaven	Moebus	Antje	ZEB
Kerscher	Peter	AfSD	Möller	Arnd	AfSD
Kiese	Karin	ZEB/ZEBIS	Mordhorst	Eckard	PP
Kirmse	Otto	Bildung	Müller	Thomas-Georg	K 41
Klahr	Roland	AFJ Kinder u. Jugendhilfe	Münch	Holger	K/LKA
Kleiber	Judith	TOA	Nehrhoff	Bernd	HfÖV
Klein	Dietrich	Staatsanwaltschaft	Niederlag	Michael	S 5
Kock	Marianne	SZ Lerchenstraße	Niehoff	Peter	DRK Familienhilfen
Koenig	Uli	K14	Ohlebusch	Heike	Mädchenhaus Bremen
Koll	Karsten	Landesinstitut für Schule	Old	Uwe	Polizei
Kopf-Finke	Cornelius	Kita	Öztorun	Yasin	BP 223
Koppelmeyer	Angelika	Kita	Paulus	Jessika	K 140
Körber	Jens	S-7	Peltz	Cornelius	Sen.f.AFGJS
Krause	Christoph	TOA	Pestrup	Billy	PÖÄ
Krautkrämer	Elisabeth	Straffälligenbetreuung	Petersen	Claus	Bildung
Kröff	Michael	S 76	Pfeiffer	Johannes	Bildung
Kuhlmann	Joachim	AfSD	Putzer	Petra	AfSD SZ 6
Kühn	Regina	Landesinstitut für Schule	Reimann	Peter	S 6
Kunze	Frank	K-14	Rein	Bernd	Landesjugendamt
Kuppe	Ellen	Landesinstitut für Schule	Reiners	Kerstin	AfSD
Lehmann	Andree	Polizei	Riechmann	Marc	Bildung
Lorenz, Dr.	Alfred	Klinikum Bremen-Ost	Rogalski	Ulrike	Landesinstitut für Schule

Rohde	Martin	TOA
Röhr	Reinhard	Hans-Wendt-Stiftung
Roth	Heidi	Hans-Wendt-Stiftung
Röttgers	Brigitte	Soziale Dienste der Justiz
Rump	Petra	PA
Sari	Abdulkerim	Caritas (Streetworker)
Sattler	Katarina	K 140
Schäfer	Edda	AfSD, SZ 06, JGH
Schafstädt	Klaus	AfSD
Schittkowski	Dierk	SfluS
Schmidt	Hans-Joachim	S 71
Schmidtchen	Andrea	Hans-Wendt-Stiftung
Schmitt	Bernd	St. Petri
Schmitt	Frank	StA
Schneider	Jürgen	S 51
Schneider	Margot	AfSD, SZ 01, JGH
Schrader	Christiane	Kita
Schröder	Ewa	Jugendhilfe und Soziale Arbeit GmbH
Schröder	Susanne	Bildung
Schröder	Frank	S 5
Schuch	Joachim	Kita
Schulte	Lisa	St. Johannis Kinderheim
Schumacher	Rita	Bildung
Schwarz, Dr.	Michael	Landesjugendamt
Schweichler	Henning	S 96
Schwiers	Helmut	Soziale Dienste der Justiz Bremerhaven
Seedorf	Jörg	Polizei
Senftleben	Rolf	AfSD, SZ 05, JGH
Siemer	Michael	AfSD, SZ 04
Siemer	Martina	Bildung
Stadler	Lena	TOA
Stamer	Hans-Joachim	Kita
Stapke	Thomas	effectgGmbH

Steines	Michael	PP-AV
Steudel	Tim	TOA
Sygusch	Hajo	Bildung
Teichgräber	Heinz-Dieter	Polizei Bremerhaven
Thal	Anke	TOA
Thimme	Hilde	Bildung
Tiemann	Christel	TOA Bremerhaven
Tietjen	Thorsten	S 66
Töllner	Ralf	S 53
Uhlhorn	Jörg	S 68
Weber	Andreas	BP L
Weitzel	Veronika	TOA Bremerhaven
Welp	Wolfgang	Landesinstitut für Schule
Westphal	Claus-Michael	AFJ Kinder u. Jugendhilfe
Wetzels, Dr.	Peter	Universität Hamburg
Wiechert	Günther	K-02
Wiesemann	Ulrike	Bildung
Windeler	Christiane	Bremerhaven
Winter	Frank	TOA
Wolters	Ingrid	Bildung
Yazici	Oguzhan	TOA
Zwadlo	Ursula	AfSD SZ 4

# Notizen

# Veranstalter/Herausgeber



# Freie Hansestadt Bremen

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit,
Jugend und Soziales,
in Kooperation mit:
Landesjugendamt Bremen,
Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft,
Landesinstitut für Schule (LIS),
Der Senator für Inneres und Sport,
Polizei Bremen / LKA Bremen,
Der Senator für Justiz und Verfassung

#### Redaktion:

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Abt. Junge Menschen und Familie Contrescarpe 72 28195 Bremen

www.jugend.bremen.de

November 2008